

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag. Politisches Amt 57544.

Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.



Demokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—
Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourenkarten.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich (19h).

Gelbe Leimspindeln.

Das Beispiel der Kommunisten macht Schule. Nachdem sie jahrelang an der Zerkümmern der Einheit der Arbeiterbewegung gearbeitet, durch die Zerstückelung der Reiner-Kommission das Zustandekommen des Weltproletariatskongresses verhindert und alle Einigungsbestrebungen der sozialistischen Arbeiterschaft verhöhnt haben, suchen sie, da die Wirkung ihrer anderen Schlagworte nunmehr schon vollständig verfliehet, mit dem neuen Schlagwort von der Schaffung einer „proletarischen Einheitsfront“ die Arbeiter zu ködern. Dieser demagogische Kniff scheint unseren Deutschgelben gewaltig imponiert zu haben, denn sie beeilen sich, ihn nachzuahmen. Man traut seinen Augen nicht, sie, die Schutztruppe der deutschen Kapitalistenklasse, sie, die Söldlinge der Monarchisten und Hakenkreuzler, sie, die noch vor wenigen Tagen jeden Versuch der deutschen Sozialdemokraten, zu den tschechischen Klassen-genossen hinüber Brücken zu bauen, zur Ursache der rüdesten Schimpfereien machten, urplötzlich als Befürworter der — proletarischen Einheitsfront sich produzieren zu sehen! Die Kommunisten glauben ihr Schwindelmander weiß Gott wie schlau angefangen zu haben, für noch weit schlauer mögen sich die Deutschgelben halten, denn sie glauben, gleich zwei Eisen im Feuer zu haben: die Einheitsfront mit den Deutschbürgerlichen und nun als neues Eisen im Feuer die — proletarische Einheitsfront. Die affenartige Behendigkeit, mit der sich die Deutschgelben aus Gegnern und Begehrtern des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterschaft zu seinem Verkünder gewandelt haben, ist wohl aller Anerkennung wert, aber der Trick ist doch zu infam und zu durchsichtig: die Deutschgelben möchten ebenso wie die Kommunisten die Not der sich nach Hilfe sehenden Massen ausnützen, damit vielleicht doch ein paar Arbeiter auf den neuen deutschgelben Leimspindeln hängen bleiben. Um den Plan auszuführen, fehlt nur noch eines: die Arbeiter, die so dumm sind, den Sumpffängern in die aufgestellte Falle zu gehen.

Um an dem Schwindel teilzunehmen, dazu wurden die Deutschgelben von den Kommunisten geradezu eingeladen. Am 5. Oktober ließ der Reichsberger „Vorwärts“ folgende Einladung an sie ergehen: „Wir erklären, daß wir deutsche nationalsozialistische Arbeiter, die ernstlich bestrebt sind, gegen den Lohnabbau zu kämpfen, gewiß nicht ablehnen würden“. Dem kommunistischen „Vorwärts“ sind die Deutschgelben Fabrikantenknechte auf einmal „nationalsozialistische Arbeiter“ und in überquellendem Wohlwollen hält er die deutschgelbe Silbe sogar für fähig, „ernstlich“ gegen den Lohnabbau zu „kämpfen“. Die freundliche Anerkennung bewilligte sich der Abgeordnetenkreis der Deutschgelben sofort dankend zu quittieren und er „billigte“ das in einzelnen Orten erfolgte Zusammengehen seiner „Parteiliederungen“ mit „anderen sozialistischen Parteien“. Andere sozialistische Parteien — damit möchten die Deutschgelben glauben machen, daß auch sie eine sozialistische Partei sind, zu welchem Täuschungsversuch allerdings der „Vorwärts“ ihnen die Handhabe zu liefern bestrebt war. Aber die fünf Manderln des deutschgelben Abgeordnetenkreises taten noch mehr. In ihrem Beschlusse verkündeten sie: „Ein Erfolg (in dem Kampf gegen die Krise. Anm. d. R. d. „S.“) kann jedoch nur dann erzielt werden, wenn auch die tschechischen sozialistischen Parteien, die heute der Regierungscoalition angehören, aus dieser Erkenntnis die Folgerungen ziehen.“ Man könnte sich dieser Erkenntnis, — die eine Bestätigung der Nichtigkeit unserer Bemühungen auf Vereinigung der deutschen und tschechischen Arbeiter als einzig erfolgversprechendes Mittel zur Bekämpfung der Krise und der sozialen Reaktion — aufrichtig freuen, wenn man nicht den schönen Zweck dieses Liebeswerbens sehen und Wesen und Charakter der gelben Klassenverräter nicht kennen würde, welche die so plötzlich erwachte Vorliebe für die proletarische Einheitsfront als dreiste Heuchelei erkennen

Der Streik der Ostrauer Kohlenarbeiter.

Beschluß der Reichskonferenz: Wenn bis zum 14. Oktober keine Einigung, so ab 17. Oktober Gesamstreik aller Bergarbeiter.

Prag, 12. Oktober. Heute tagte im „Edobudum“ in Prag unter dem Vorsitz Jaroslava, Brozits und Pifarovics die Reichskonferenz der Bergarbeiter, der 67 Delegierte der drei koalitierten Verbände beizuhören. Nach den Referaten Pohls und Brdas wurden folgende

Beschlüsse einstimmig angenommen:

I. Die am 12. Oktober 1922 in Prag tagende Reichskonferenz der Bergarbeiter stellt fest, daß der Ostrauer Bergarbeiterstreik von den Unternehmern absichtlich provoziert wurde. In der beim Abschluß des Generalstreikes im Februar 1922 getroffenen Vereinbarung, welche außer den Bergarbeitern auch von den Bergwerksbesitzern und von der Regierung gefordert ist, wurden die Grundzüge festgelegt, unter welchen im Falle eines Preisabbaues der Lohnabbau statzufinden hätte.

Die Bergarbeiter haben immer an diesem Grundzuge festgehalten, obwohl das ein ungewöhnliches Opfer für sie bedeutet, da ihr Einkommen durch Feierschichten um 40—60 Prozent gestürzt ist. Die Reichskonferenz erkennt diesen Grundzug vom 10. Februar 1922 noch heute an und die Bergarbeiter sind bereit, in allen Revieren bei Regelung der Lohnfragen bezw. Abschluß von Kontraktverträgen diesen Grundzug einzuhalten. Beweis: die jüngsten Kladoer Lohnverhandlungen.

II. In Befolgung des obigen Grundzuges nimmt die Reichskonferenz den Bericht über die am 11. Oktober 1922 beim Ministerium für öffentliche Arbeiten stattgefundenen Verhandlungen zur Beilegung des Ostrauer Streikes und die gemachten Zugeständnisse unter der Voraussetzung zur Kenntnis, daß die übrigen Bestimmungen des Lohnvertrages unverändert bleiben.

III. In Befolgung der unter Punkt I genannten Grundzüge sind die Bergarbeiter bezw. die koalitierten Bergarbeiterverbände bereit, in allen anderen Revieren die künftigen Lohnverhandlungen zu führen und abzuschließen.

Arbeitslosenunterstützung und Arbeiterentlassungen.

Interventionen des Abg. Roscher.

Am 9. Oktober intervenierte Abg. Genosse Roscher beim Minister Habrman wegen der Arbeitslosenunterstützung im Reichsberger Bezirk für die Bauarbeiter und für jene Arbeiter, die bereits ein halbes Jahr lang die Unterstützung bezogen haben. Der Minister Habrman hat auf Grund dieser Intervention sofort an das Finanzministerium den Antrag gestellt, daß die Arbeitslosenunterstützung für Bauarbeiter von sechs auf zwölf Wochen erhöht wird und daß die Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung für jene Arbeiter, die bereits durch sechs Monate die Unterstützung bezogen haben, verlängert wird.

Weitere Interventionen des Genossen Roscher beim Ministerium für soziale Fürsorge fanden wegen Entlassung der Arbeiterschaft der Norddeutschen Wollkammerei und Kammgarnspinnerei in Neudorf und wegen der Entlassung der Arbeiterschaft der Firma Trebitsch u. Sohn in Wistabil statt. In beiden Fällen wird der Minister für soziale Fürsorge veranlassen, daß

werden. Unsere Partei hat die jahrzehntelangen Schimpfereien und Verleumdungen der deutschgelben Fanghunde der deutschen Kapitalistenklasse auszuhalten gewußt, sie wird natürlich auch das neueste einfältige Manöver der Deutschgelben heil überstehen. Jedenfalls soll nicht verabsäumt werden, den Schwindlern das Handwerk zu legen. Der beabsichtigte Zweck geht auch aus einem Artikel hervor, den Herr Krebs in deutschgelben „Tag“ veröffentlicht, in dem er gegen die Sozialdemokraten den Vorwurf erhebt, daß sie sich „bis zum heutigen Tage“ der proletarischen Einheitsfront gegenüber ab-

IV. Dem Vorschlag auf Teilung der Arbeitszeit für die Overtagsarbeiter gemäß dem Antrage der Ostrauer Bergwerksbesitzer kann die Konferenz nicht zustimmen, sie stellt sich auf den Boden des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit sowie der Verordnung des Minist. für öff. Arbeiten vom 17. April 1920, Z. 16.548/V—22 über Sechstundenschicht an Samstagen und stellt ausdrücklich fest, daß kein Revier das Recht oder die Vollmacht besitzt, über Fragen der Verlängerung der Schichtzeit zu unterhandeln.

V. Die koalitierten Bergarbeiterverbände werden ermächtigt: Falls der Ostrauer Streik gemäß den oben festgelegten Grundzügen nicht längstens bis zum 14. Oktober 1922 beendet werden kann, alle Vorbereitungen zu treffen, um ab 17. Oktober 1922 den Gesamstreik aller Bergarbeiter der Republik zu proklamieren.

Die gleiche Vollmacht zur Proklamierung des Gesamstreikes wird den koalitierten Verbänden auch für den Fall erteilt, daß in irgend einem Revier die Bergarbeiter in der berechtigten Abwehr gegen Unternehmerrückgriffe auf die Lebenshaltung der Bergarbeiter zur Arbeitsniederlegung gezwungen sein sollten und die Vereinigung unter den unter Punkt I. angeführten Grundzügen nicht möglich ist.

Die Streiklage im Ostrauer Revier.

Währ. Ostrau, 12. Oktober. (Tsch. P. B.) Der Bergarbeiterstreik dauert an. Im Revier herrscht Ruhe. Der „Moravstlesky Dennik“ erzählt, daß die Wittwiger Stahl- und Walzwerke, in denen 1000 Arbeiter beschäftigt sind, infolge des durch den Streik verursachten Kohlenmangels die Arbeit eingestellt haben. Aus denselben Gründen hat die chemische Fabrik der Firma Himmelbauer die Arbeit eingestellt.

durch das Gewerbeinspektorat und die zuständige politische Bezirksverwaltung neuerliche Verhandlungen mit den genannten Firmen wegen Rückgangsmachung der Entlassungen stattfinden sollen.

Weiters wurde wegen Rückvergütung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat für die Firmen Burie u. Bauer, Gummiwandfabrik und Julius Osterseher, Ebenisweber, beide in Brünn, und für die Firma J. u. W. Hauser in Tepitz im selben Falle interveniert.

Am 11. Oktober fand über Einschreiten der Textilarbeiterorganisationen beim Ministerium für soziale Fürsorge eine neuerliche Beratung mit den Organisationen der Textilindustriellen statt, welche sich mit der Höhe der Rückvergütung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat an die Firmen, die ihre Arbeiter durch den Betrieb unterstützen, zu befassen hatte. In dieser Beratung wurde neuerlich über Maßnahmen, um die Entlassungen zu verhindern, verhandelt. Auch an dieser Beratung nahm von Seite der Union der Textilarbeiter Genosse Roscher teil. Wir werden über den Ausgang derselben nachträglich berichten.

werden. Unsere Partei hat die jahrzehntelangen Schimpfereien und Verleumdungen der deutschgelben Fanghunde der deutschen Kapitalistenklasse auszuhalten gewußt, sie wird natürlich auch das neueste einfältige Manöver der Deutschgelben heil überstehen. Jedenfalls soll nicht verabsäumt werden, den Schwindlern das Handwerk zu legen. Der beabsichtigte Zweck geht auch aus einem Artikel hervor, den Herr Krebs in deutschgelben „Tag“ veröffentlicht, in dem er gegen die Sozialdemokraten den Vorwurf erhebt, daß sie sich „bis zum heutigen Tage“ der proletarischen Einheitsfront gegenüber ab-

lehrend verhalten. Man denke: die Deutschgelben lassen sich herab, mit uns in eine „proletarische Einheitsfront“ zu treten und wir lehnen diese Ehre ab! Es ist nicht auszudenken! Zwar haben die Deutschgelben, wie Herr Krebs weiter schreibt, nicht die Absicht, mit der Sozialdemokratie in eine „dauernde Front“ zu treten, denn dazu sei diese Partei — bitte wörtlich! — „viel zu schlapp“, aber — und jetzt beginnt das deutschgelbe Herrchen zu erzählen, daß seine Partei glaube, es „nicht verantworten zu können“, der Arbeiterschaft in dieser Zeit höchster wirtschaftlicher Not „nicht die äußersten Mittel zum Kampfe geben zu haben“. Ja, wahrhaftig: Krebs, Jung und die Ihren wollen der Arbeiterschaft die „äußersten Mittel zum Kampfe“ geben! Genau so schreibt es Herr Krebs. Um die Arbeiterschaft wäre es schon bestellt, wenn sie hätte warten müssen, ehe ihr ausgerechnet die Deutschgelben die „Mittel zum Kampfe“ geben! Leider ist das Gedächtnis der deutschen Arbeiterschaft nicht so schwach, um nicht zu wissen, daß dieser Vereinstellung der „Kampfmittel“ durch die Deutschgelben zwanzig Jahre schürstischen Klassenverrates dieser Partei vorangehen, daß sie sich seit eh und je als die Schutztruppe des Unternehmertums und der bürgerlichen Parteien betätigt hat und daß auch heute noch neunzig Prozent des Inhaltes ihrer Reden und ihrer Blätter der perfidesten Verleumdung der Sozialdemokraten gewidmet sind. Dabei unterfängt sich diese Gesellschaft, die niemals ein anderes Ziel kannte, als der Arbeiterbewegung Knüttel zwischen die Beine zu werfen und ihren Fortschritt klaffend zu begleiten, zu behaupten, die Sozialdemokratie sei ihr — es ist wahrhaftig toll! — „viel zu schlapp“.

In der Tat: von „Schlappheit“ kann man bei den Deutschgelben nicht reden, denn die verstehen es, sogar in zwei Einheitsfronten zu gleicher Zeit zu stehen: in der proletarischen und in der Einheitsfront mit der deutschen Bourgeoisie! Durch den Ruf nach der ersteren möchten sie sich den Alibi Beweis dafür schaffen, daß auch sie Arbeiterinteressen vertreten, um desto eifriger in der Gemeinschaft mit den Vertretern der bürgerlichen Klassen mitzumachen zu können. Daß die Deutschgelben nicht daran denken, aus der Gefolgschaft der bürgerlich-kapitalistischen Parteien auszutreten, gesteht auch Herr Krebs: „Wir haben offen und ehrlich die Hand zu einer proletarischen Kampfgenossenschaft gereicht, genau so, wie wir im Kampfe um unser Volkstum eine nationale Kampfgenossenschaft gebildet haben.“ Die Mannen des Jung und Krebs möchten also hüben und auch drüben stehen: bei der international geschlossenen Arbeiterschaft und bei deren Klassengegnern, den agrarischen Volksauswüchsern, den kapitalistischen Lohnkürzern und den merkantilen Reaktionen. Die alle zusammen erscheinen den Deutschgelben weniger „schlapp“ als die Sozialdemokraten, denn mit ihnen gedenken sie schon in dauernder Front zu bleiben. Dieses schöne Bekenntnis ist denn auch sogar den Kommunisten zu bunt und so sucht denn die Aushäuer „Internationale“ vom „Vorwärts“ und seiner Freundschaft für die Deutschgelben abzurücken, indem sie erklärt, daß die Kommunisten die Einheitsfront nur mit solchen Arbeitern wollen, die auf dem Standpunkte des Klassenkampfes stehen, was auf die deutschen Nationalsozialisten, die vor die Gabel der kapitalistischen Politik gespannt sind, nicht zutrifft.

Der deutschgelbe Zauber war danach nicht von langer Dauer. Der Versuch, sich in die Arbeiterbewegung als „eheliche Kämpfer“ einzuschleichen, ist nicht einmal bei den Kommunisten geblüht, die in der Wahl ihrer Mittel und Verbündeten wahrlich nicht wählerisch sind. Es wäre ein Verrat an ihr selbst, wollte die sozialistische Arbeiterschaft jemals auch nur in die geringste Gemeinschaft mit den gelben Hakenkreuzlern treten. Nein, sie bleiben was sie sind und waren: die Schädiger der Arbeiterbewegung, die Schänder der proletarischen Solidarität, die verkappten Helfershelfer der Kapitalistenklasse, mit denen die klassenbewußte Arbeiterschaft jedes Zusammengehen ablehnen muß.

Zuland.

Der „Kommunismus“ der tschechischen Sozialisten und der Nationalismus der tschechischen Nationalisten. Trotz des eisernen Bekenntnisses, das Dr. Benesky auf die Ungeteiltheit der tschechischen Sozialisten vor kurzem in einem Leitartikel des „Ceske Slovo“ abgelegt hat, erheben dennoch Stimmen, vor allem in der Provinz, ganz anders als die Worte des Senators an und seiner Allergrettesten Klängen. So erteilt zum Beispiel das Brünnener Organ der tschechischen Sozialisten, die „Socialisticka suocnost“, die wir wollen es vor den Angehörigen und Anhängern unserer Partei nicht verhehlen, daß uns die tagelange Erörterung der Regierungskrise nicht zu begeistern vermag. Aufhebung der Ressorts, so wie sie diesmal durchgeführt wurde, entspricht wahrlich nicht den Nachverhältnissen der koalitierten politischen Parteien und besonders nicht der Bedeutung und Kraft unserer Partei. Es scheint, daß die Herren der übrigen koalitierten Parteien allzusehr auf unsere Liebe zur Republik und auf unsere Staatsstimmung hin sündigen. Wenn auch aus diesen Sätzen eine gute Portion tschechischsozialistischer Selbstüberhebung herauszuhören ist, so ist doch vor allem das wichtigere Moment: die Unzufriedenheit mit der Führung in der Partei, feststellbar. Deutlicher spricht sich das Budweiser Organ der tschechischen Sozialisten, die „Straz lidu“ aus. Dieses erklärt in seinem Leitartikel: „Wir leben unter der Diktatur der Bourgeoisie, welche die Industrie und den Großhandel beherrscht“. Und gelegentlich einer an der Koalitionsregierung geübten Kritik heißt es dort: „Hier hat es sich in der Praxis erwiesen, daß wir nicht vergebens rufen: Heraus aus dieser unmoralischen Koalition. Wenn die ganze Koalition unmoralisch genannt wird, dann müssen es auch ihre einzelnen Mitglieder sein, das heißt auf diesen besonderen Fall angewendet: tschechischnationalen Sozialisten beschuldigen ihre eigenen Parteigenossen, die jetzt in der Regierung sitzen, der Unmoral. Und eine solche Erscheinung nennt Dr. Benesky — Einheit in der Partei. Aber vielleicht wird er sich sogar freuen, sich von eigenen Parteigenossen desabonniert zu sehen. Das tut ja eben der sogenannte „Kommunistische“ Flügel, der sein Rückgrat bildet. Kein Wunder, wenn nun das „Rude Pravo“ mit Vergnügen diese Angelegenheit sich zunutze macht, um mit diesem Teil der tschechischen Sozialisten in drohlicher Weise zu kollektieren. Das offenbar sich darin, daß auf den tschechischen Nationalismus jener tschechischen Sozialisten von den Kommunisten zarte Rücksicht genommen wird. Denn es heißt wörtlich im gefragten „Rude Pravo“: „Und sie (die Arbeiterklasse) wird erkennen, daß das Festhalten des kapitalistischen Regimes an staatsbildenden Lösungen ein Erstarren der Positionen des deutschen Kapitals bedeutet, welches an 80 Prozent der gesamten kapitalistischen Produktion der Republik in ihren Händen hält.“ Die Kommunisten scheuen vor keinem Mittel zurück, wenn es gilt ein Häuflein von irregulierten Arbeitern an sich zu locken. Da werden sie sogar international und erfinden Märchen von den 80 Prozent deutscher Kapitalisten in der tschechoslowakischen Republik, deren geringerer Prozentsatz wir im übrigen dieselben Gefühle entgegenbringen wie den tschechischen Kapitalisten, von deren Leiborgan, den „Morodni listy“, wir sonst die Erfindung von der Uebermacht deutschen Besitzstandes zu hören gewohnt sind. Aber was liegt den Kommunisten daran? Im Notfall suchen sie auch mit vom Nationalismus vergifteten Speck Käufe zu fangen.

Bereitet die Arbeiterpresse.

Francesco Ferrer.

Dreizehn Jahre sind verfloßen, seit am 13. Oktober 1909, die ganze gebildete Menschheit durch ein furchtbares Ereignis aufgerüttelt wurde: Francesco Ferrer, der Begründer der „Freien Schule“ (Escuela Moderna) in Barcelona, der Präsident der internationalen Liga für vernunftgemäße Erziehung, wurde in der Festung Montjuich in Barcelona durch ein Militärgericht unter dem formellen Vorwande einer Beteiligung am Barcelonaer Aufstand hingerichtet. In Wirklichkeit erschloß man ihn deshalb, weil er in Spanien, dem Lande mit mehr als 60 Prozent Analphabeten, im Lande der Inquisition, der Tierkämpfe und der letzten Zustände der katholischen Reaktion, das vernunftgemäße Schulwesen gegründet und ausgebaut hat. Durch diesen furchtbaren Justizmord wurde das eingeschläferte Gewissen der Welt aufgerüttelt, man sah mit einem Mal jene finsternen Zeiten noch wirksam und lebendig, da die Menschen einer abweichenden Ueberzeugung, eines neuen Gedankens wegen, auf Richtplätzen sterben mußten. Die Schreden der Inquisition, die Flammen der Scheiterhaufen, der Märtyrertod des Hus, Hieronymus, Savonarolla und anderer wurden durch die Salve von Montjuich gewissermaßen wieder Gegenwart, der alte Schrecken erschien nochmals in graulichem, neuen Gewande: statt der Prälaten und Scheiterhaufen, Militärgerichte und Soldatenschiffe.

Nicht nur in Spanien, auch in Rom, in ganz Italien, Deutschland, Frankreich, England, Amerika und bei uns erhob sich die beleidigte Menschheit zum Protest wider die Henker von Barcelona. Die liberale Regierung des Ministerpräsidenten Maura mußte demissionieren und König Alfons XIII. war ein Gefangener in

Wichtige Parteiberatung!

Stellungnahme zur Wirtschaftskrise und zur politischen Situation. — Sympathie- und Umgebung für die streikenden Bergarbeiter. — Heuer kein Parteitag.

Der Parteivorstand der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt am 12. d. M. in Prag eine Sitzung ab, in der er sich zunächst mit dem Streik der Bergarbeiter in Mähren-Strau und dem drohenden Generalstreik der Bergarbeiter beschäftigte. Der Parteivorstand beschloß, den streikenden Bergarbeitern die herzlichsten Sympathien auszusprechen und versichert die gesamte Bergarbeiterschaft, sofern sie in den Kampf einzutreten gezwungen sein sollte, sie in jeder Weise tatkräftig zu unterstützen.

Genosse Dr. Czech führte in seinem Bericht u. a. aus:

Von Woche zu Woche steigt die Zahl der Arbeitslosen, von denen nur ein ganz geringer Teil staatliche Unterstützung erhält. Die Bemühungen der Gemeinden und Bezirke, Arbeitsbeschäftigung zu bringen, scheitern am Widerstande des Finanzministeriums und fast aller staatlichen Verwaltungsorgane. Die Regierung hat selbst jene Maßnahmen administrativer Art, die sie in ihrem Auftrage anklündigte, nicht durchgeführt; durch Verschleppung der Einberufung des Parlamentes ist die Arbeit der Gesetzgebung verhindert worden. Inzwischen verschärft sich die Krise von Tag zu Tag. Die Klubs der Abgeordneten und Senatoren haben beschlossen, Verhandlungen mit der Regierung über die katastrophale wirtschaftliche Situation zu führen und von ihr zu verlangen, daß sie jene Maßnahmen, die sie im eigenen Wirkungsbereich durchführen kann, ungesäumt zur Ausführung bringe. Dann wird der parlamentarische Kampf um jene Vorlagen beginnen müssen, die eine Milderung der Wirtschaftskrise herbeiführen sollen.

Auf die Besprechung der politischen Situation übergehend, erklärte Genosse Dr. Czech, daß das neue Ministerium die Fortführung des bisherigen Regierungssystems bedeutet. Auch die neue Regierung wird und muß unsere Partei in entschiedenster Weise bekämpfen.

In der anschließenden Debatte, die einen überflüssigen Bericht über die traurige Notlage, in der sich die deutsche Arbeiterschaft in allen Gebieten des Staates befindet, brachte, wurden eine Reihe von Beschwerden über die skandalöse Behandlung der Arbeitslosen durch die Behörden erhoben und dargelegt, wie an dem Zustande der Regierungskreise die Initiative der Selbstverwaltungskörper zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit scheitert.

Der Parteivorstand beschloß, sodann einstimmig, die bisherige Tätigkeit des Vollzugsausschusses gutzuheißen und nahm den Bericht des Genossen Dr. Czech über die politische Stellungnahme der Partei und über die beschlossene Taktik und Wirksamkeit der parlamentarischen Vertretung einstimmig zur Kenntnis.

Genosse Cermak berichtete über die Beratungen der Exekutiv der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien in Amsterdam und Frankfurt a. M. Der Parteivorstand beschloß, seine Vertretung in der Internationalen Arbeitergemeinschaft sozialistischer Parteien zu beauftragen, alle Bemühungen zur Wiedervereinigung des internationalen sozialistischen Proletariats zu unterstützen und begrüßt die Einberufung eines Arbeiterkongresses, an dem die Partei sich zu beteiligen bereit ist.

Der Parteivorstand beschloß sich sodann mit der Stellungnahme zur deutschen Völkerverbundliga in der tschechoslowakischen Republik. Es wurde beschlossen, den Parteimitgliedern die Mitarbeit in dieser Vereinigung freizugeben.

Mit Rücksicht auf die voranschreitende Organisation eines Arbeiterkongresses beschloß der Parteivorstand, den Parteitag nicht einzuberufen.

Der übrige Teil der Sitzung war innerer Parteiarbeit gewidmet.

Die Auspähungssache und der Abgeordnete Dr. Baeran. Das nationaldemokratische Brünnener Blatt „Ridove Noviny“ hat die Spionageaffäre mit dem Abgeordneten Baeran in Verbindung gebracht. Ob sie für die starke Beschuldigung einer solchen Beziehung wirkliche Beweise hat, oder ohne bestimmtes Wissen aus politischen Gründen diese Behauptung aufgestellt hat, wird die Zukunft zeigen. Daß dem Blatte der Nationaldemokraten zur Abwechslung eine kleine Deutschesche politisch in den Kram paßt und daß sie auch in der Wahl der Mittel und Objekte nicht sehr heikel sind, ist ebenso sicher, wie die Tatsache, daß Herr Dr. Baeran, wie jede, so auch diese Gelegenheit zur Reklame für seine zaubergewaltige Persönlichkeit auszunutzen sucht. Ein Beweis für diese Behauptung aus den letzten Tagen: Die „Ridove Noviny“ agitieren für eine Versammlung, in der über die Spionageaffäre geredet werden soll und die geeignet ist durch einen kleinen nationalen Kummel die schon allzulange dauernde Ruhe in Brünn zu unterbrechen. Dr. Baeran (das ist der Beweis für die andere Behauptung) sendet an den Brünnener „Tagesboten“ eine Zuschrift, in der er jede Verbindung mit der Spionageaffäre in Abrede stellt. (Den verhassten Leutnant lenne er gar nicht, wo sich die polnische Gefandtschaft in Prag befindet, sei ihm gänzlich unbekannt.) Aber sonst erzählt er in dieser Zuschrift so viel Merkwürdiges über seine Abgeordnetentätigkeit, daß

man beim mildesten Urteil sagen muß: „Si tacuissos, philosophus mansissos.“ Wenn Du geschwiegen hättest, hätte man Dich für klüger gehalten.) Er erzählt, daß er jeder Korruptionsgeschichte in diesem Staate nachgehe, daß ihm tschechische Beamte und tschechische Offiziere aus Enttäuschung über die Zustände des Staates unentgeltlich Material liefern. Man denke nur, tschechische Offiziere und Beamte beim Abgeordneten Baeran! Er gibt dann einige Resultate seiner Forschungen auf dem Gebiete seines freiwilligen Polizeidienstes an. Der gruselerfahrene Spieghelpolizei gäbe, daß er geheime Polizeiberichte in die Hand bekomme, die sich auf die Auspähung von Abgeordneten der slowakisch-merikolan Ludova strana, ja sogar der in der Regierung befindlichen merikolan Abgeordneten beziehen. Dr. Baeran stellt den deutschen Beamten und Offizieren das Sittenzeugnis aus, daß sie seinen (Baerans) Zumutungen, etwas zu erzählen, den schärfsten Widerstand entgegensetzen, wofür uns freilich die Erklärung näher zu liegen scheint, daß sie mit einem schwachen Wichtig-tuer, mit einem Sammler von Rehrichia, fallen nichts zu tun haben wollen, als daß sie sich von Furcht und Angst leiten lassen. Merkwürdigerweise fühlen sich tschechische Offiziere und Beamte durch Furcht nicht abgehalten, die tiefsten Geheimnisse von der Schande ihres Staates ausgerechnet dem Herrn Dr. Baeran zuzutra-

gen! Die Baeranische Tätigkeit der Korruptionsjagd und Spioniererei, welche Art von Tätigkeit sonst nicht als die eines Ehrenmannes angesehen wird, erklärt Dr. Baeran in seiner Zuschrift als „Pflicht eines Abgeordneten.“ Tagesgen mühten auch die Abgeordneten selbst der schärfsten Opposition protestieren. Baeran verwahrt sich auch gegen den Vorwurf, ein Schädling des Staates zu sein und verweist auf die Tätigkeit des Dr. Kramar und Dr. Rabin im österreichischen Staat, über welche, wie er hinzufügt, die „Geschichte“ einmal ein objektives Urteil fällen werde. Diese Parallele, in die sich Dr. Baeran damit zu Dr. Kramar und den anderen stellt, ist ein mit untauglichen Mitteln gemachter Versuch, sich in die „Weltgeschichte“ einzuschleichen, ist der Versuch, aus einem tschechischen Abgeordneten, der die Rolle eines Stinkbombenwerfers mit der einer Frau Blasche wechselt, eine prominente historische Persönlichkeit zu machen. Aber die Weltgeschichte wird Herrn Dr. Baeran trotz seiner rellamehafte geschilderten Verdienste nicht wichtig nehmen. Daß ihn ein Teil der Bourgeoisie ernst nimmt, ist für dieses Bürgertum eine höchst kompromittierende, aber wahrscheinlich vorübergehende Verirrung. Daß ihn die Tschechen wichtig nehmen, ist nicht nur eine große Dummheit im allgemeinen, sondern auch eine Rücksichtslosigkeit im besonderen. Denn es ist die Ursache, daß ein in jeder Beziehung unbedeutender, in moralischer Beziehung fragwürdiger Mensch, dem zur Reklame für sich selbst nichts schlecht genug ist, eine über seine Bedeutung weit hinausgehende Rolle spielt. Wenn die nationalen Chauvinisten unter den Tschechen einen minderwertigen Geschäftshaber zum Vorwand von Sakhorgien gegen die Deutschen nehmen wollen, sind daran die Deutschbürgerlichen mitschuldig, solange sie nicht die Einsicht und die stichtische Kraft aufbringen, von einem Manne abzurücken, der das Deutschtum heillos kompromittiert und nachlos schädigt, der den unstillbaren Ehrgeiz hat, Schnittlauch auf allen überreichenden Suppen zu sein.

Die Opposition in der kommunistischen Partei zieht immer weitere Kreise. Das Zentrum der Opposition ist bekanntlich Prochnitz, weswegen der Vollzugsausschuss der kommunistischen Partei jetzt verlaubbart, daß er mit der Prochnitzer Kreisvertretung alle Beziehungen abbricht, was gleichbedeutend ist mit dem Ausschluß aller derer, die hinter der Prochnitzer Kreisvertretung stehen. Ein anderes Zentrum, in dem sich die oppositionellen Gruppen sammeln, scheint die Kreisvertretung Budweis zu sein. Diese Kreisvertretung hat gegen den Ausschluß der Oppositionellen protestiert, weswegen an sie ein Warnungsschreiben des Proger Vollzugsausschusses ergangen ist.

Wieder einmal ein Erlaß widerrufen. Die gestrige Abendausgabe der „Pr. Presse“ meldet: Das Ministerium für nationale Verteidigung hat vor kurzem an die unterstehenden Landeskommandanten einen Befehl herausgegeben, nach welchem vom 1. Dezember 1922 alle Offiziere in den Ruhestand versetzt werden, die am 30. November das 55. Lebensjahr erreichten oder an diesem Tage mindestens 40 einrückungsfähige Dienstjahre, hienon wenigstens 30 wirkliche aufweisen können. Die auf diese Art pensionierten Offiziere werden bis zum 28. Februar 1923 als „zeitlich aktiviert“ im Aktivstand belassen werden und es wird ihnen über ihr eigenes Ansuchen zu den Pensionsgebühren eine besondere Zulage bewilligt werden. In diesem Verhältnisse werden einige dieser Offiziere auch später je nach ihrer Qualifikation auf geeigneten Dienstposten im aktiven Dienste belassen werden und außer den Pensionsgebühren mit der eventuellen Zulage noch eine besondere Remuneration erhalten, die den Unterschied zwischen den bezagten und den Aktivitätsgebühren ausmachen wird. Im aktiven Dienste werden aber nicht belassen wer-

seinem Palast. Der Protest der ganzen Welt erzwang die Revision des Prozesses Ferrer, wobei dessen Unschuld klar erwiesen wurde. Doch nicht bloß gegen die unmittelbaren Henker empörte sich die allgemeine Meinung, sondern vor allem gegen den intellektuellen Urheber — dem römischen Alexikalismus. In großen Demonstrationen kam es in spanischen, französischen und italienischen Kirchen, in Pisa versuchte das empörte Volk die Kirche anzuzünden, die Stadtvertretungen vieler italienischer, belgischer und französischer Städte verpflichteten ihre Mitglieder, sich niemals an einer katholischen Zeremonie zu beteiligen. Straßen, Plätze und Säulen wurden nach Ferrer benannt, besonders jene, die bisher eine kirchliche Bezeichnung trugen, z. B. die Erzbißchofsstraße in Florenz oder der Platz des „heiligen“ Ignaz in Rom. Auf dem Weltkongreß des „Freien Gedankens“ in Brüssel im Jahre 1910 wurde beschlossen, daß der dritte Sonntag im Oktober ein internationaler Ferrer-tag der „Freien Schule“, ein Tag allgemeiner Manifestationen für die Ideale Ferrers sein sollte.

Wer war nun der Mann, dessen Tod einen solchen Aufruhr in der ganzen Welt hervorrief? Ferrer ist im Jahre 1859 in Uelle bei Barcelona geboren, als Sohn orthodox-katholischer, einfacher und unvermöglicher Eltern. Die eine jährliche Familie zu ernähren hatten. Als Dreizehnjähriger wurde er Handlungsgeselle in Barcelona und sein Chef, ein Freidenker, öffnete ihm als erster die Augen. Der junge Ferrer las, beobachtete und dachte und ward ein Gegner des Katholizismus und des Monarchismus. Später wurde er Bahnbeamter. Im Jahre 1886 kam es in Spanien zu einem Versuche, die republikanische Staatsform einzuführen, wobei sich auch Ferrer betätigte; der Versuch mißlang. Ferrer flüchtete nach Paris. Als Sekretär Ruiz Joril-

las, eines Vorläufers der spanischen republikanischen Partei, widmete er sich dieser und der antiklerikalen Propaganda. Er war auch Spanischlehrer und eben dieser Beruf entschied über sein Schicksal und seine Bedeutung.

Ferrer war Revolutionär, aber nicht Romantiker, sondern Rationalist. Daß der Umsturz im Jahre 1886 mißlungen ist, ward für ihn eine große Belehrung. Er erkannte, daß im zurückgebliebenen Spanien Revolutionen weder mit Papierproklamationen noch mit Zornausbrüchen und Verzweiflungskundgebungen, weder mit dem Dolche oder der Bombe gemacht werden könnten, sondern, daß das beste Mittel für die Revolutionierung und Befreiung des Volkes die Schule ist. Die Schule, welche die Reaktion für ihre Zwecke mißbraucht, muß von reaktionären Einflüssen befreit werden. Eine freie, nicht vom Alexikalismus gefesselte Schule brauchte sein bedauernswertes Spanien. Seit 1901 bemühte er sich mit jeder und Wort für seine Schule. Ein glänzendes Geschick brachte ihm Hilfe. Zu seinen Schülern zählte er Frankein Mennier, das bei ihm spanisch lernte, weil es Spanien bereisen wollte. Das Frankein war eine fanatische Katholikin, und da Ferrer, als geborener Propagandist, auch beim Unterrichte seine Gesinnung nicht verbergte, schieden sie bald voneinander. Aber die Saat ging auf und das Frankein begann sich für die Schulpläne Ferrers zu interessieren. Schließlich machte es ihn zu seinem Haupterben. Nun war er reich, hatte ein Haus in Paris und ein bedeutendes Vermögen. Seine einfache Lebensweise aber behielt er bei und welche alles seinem Lebenswerk, dem Schulwesen. Schon vorher ging das Streben nach der Freien Schule von der „Gesellschaft der Freunde des Fortschritts“ in Madrid aus, der internationale Kongreß des „Freien Gedankens“, der dort im Jahre 1880 stattfand, bezeichnete die Organi-

lation des interkonfessionellen Schulwesens als Hauptziel der Arbeit in Spanien, aber erst die mächtige Initiative Ferrers vereinigte alle Bemühungen, veranlagte opferwillige Personen zu bedeutenden Widmungen und so erstand in den ersten 6 Jahren dieses Jahrhunderts 30 rationalistische Schulen, davon 14 in Barcelona. Die Bibliothek der „Escuela Moderna“ gab 50 Lehrbücher für alle Unterrichtsfächer heraus. Werke von Rodolfo, Krapotkin, Letourneau u. A. wurden übersetzt und verbreitet. Tausende meistens arme Kinder, entriß man konfessionellen und Klosterschulen. Die Zeitschrift „Freie Schule“ lief man in drei Sprachen erscheinen: spanisch in Barcelona, französisch in Brüssel und italienisch in Rom. Die Alexikalen wüteten und versuchten durch Klatsch, Aufhebung des Landvolkes und Demunziationen das Kulturwerk zu zerstören. Man rief die Regierung zu Hilfe, begehrte Ferrer als Aufwiegler, als dem Altare und dem Thron gefährlich und verlangte seinen Tod. Nach der antikatholischen Freier, die am Charfreitag, dem 12. April 1906 in Barcelona stattfand und an der sich 1700 Schüler der „Modernen Schule“ beteiligten, konnte das Wüten der Jesuiten keine Grenzen. Als am 31. Mai 1906 Mateo Morral eine Bombe nach dem Königspaar warf, wurde Ferrer sofort in die Affäre verwickelt und als der angebliche intellektuelle Urheber durch dreizehn Monate gefangen gehalten. Seine Unschuld war aber gar zu klar und kraft der Proteste des ganzen gebildeten Europa wurde er entlassen. Die Absicht, ihn schon damals ins Leben zu bringen und sein Vermögen zu konfiszieren, mißlang.

Nach seiner Entlassung kam Ferrer nach Prag zum vierzehnten Weltkongreß des „Freien Gedankens“. Hier fielen seine, von Zustimmungskräften begleiteten Worte: „Die Kirche verlangt nicht die freie Ueberzeugung.“

den: Generale der III. Rangklasse, die am 30. November 1922 das 61. Lebensjahr erreichen, Generale der IV. Rangklasse, die das 60. Lebensjahr erreichen, Generale der V. Rangklasse, die das 59. und Stabsoffiziere der V., VI. und einer niedrigeren Rangklasse, die das 57., bzw. das 55. Lebensjahr erreichen. Die durch den Befehl betroffenen Offiziere werden imperativ in den Ruhestand versetzt werden, wenn sie bis zum 20. Oktober 1922 ihre Gesuche nicht vorlegen.

Man hätte wahrscheinlich eine schöne Summe erspart, wenn man alle 55jährigen Offiziere am 30. November pensioniert hätte. Aber im Militärbudget abzustreichen — wie konnte solcher Frevel gewagt werden. Und dann — man kann nicht wissen, vielleicht wird man die 55jährigen auch noch brauchen, wenn man genötigt ist, soviel 22 jährige wegen Spionage davonzugeben?

Die Eröffnung der Herbstsession soll, wie das „Ceske Slovo“ meldet, wahrscheinlich am 24. Oktober erfolgen. Ein bestimmter Einberufungstag ist noch nicht festgesetzt worden. Der endgültige Termin hängt von der Verhandlung des Budgets im Ministerrat ab, welcher gerne das Budget den Abgeordneten in der ersten Parlamentsitzung vorlegen möchte. Der Ministerrat beabsichtigt aber, in dem von der abtretenden Regierung ausgearbeiteten Budget noch einige Streichungen vorzunehmen. Auch der Exekutivrat der koalitierten Parteien wolle noch einige Anmerkungen seinerseits zum Budget hinzufügen. Man erwartet, daß diese Beratungen in den nächsten Tagen beendet und daß auch der Druck der Budgetvorlagen für das Parlament fertiggestellt sein würde. In der ersten Sitzung des Parlamentes werde der Ministerpräsident Švebha die Regierungserklärung abgeben, in welcher er das Programm der neuen Regierung mitteilen werde. Darauf soll der Minister für auswärtige Angelegenheiten, Dr. Beneš sein Referat über die Genfer Konferenz mit besonderer Rücksichtnahme auf die österreichische Angelegenheit halten. Wenn am Eröffnungstage das Budget vorgelegt werden sollte, so werde auch der Finanzminister Dr. Kasaš in das Wort ergreifen, um sein Finanzprogramm vorzutragen. Ueber diese drei Erklärungen soll eine gemeinsame Debatte abgeführt werden, der ungefähr vier Tage gewidmet sein würden. Inzwischen würden auch einige andere Parlamentsausschüsse diejenigen Regierungsvorlagen durcharbeiten, welche sich mit den Maßnahmen zur Linderung der Wirtschaftskrise beschäftigen. Ferner sollen auch einige Gesetzesnovellen, welche das Ministerium für soziale Fürsorge vorlegen werde, vor allem diejenigen erledigt werden, deren Gültigkeit am Ende dieses Jahres abläufe. Daneben denke man auch an die Abhaltung von Plenarsitzungen im Parlamente, in denen die Debatte über die Wirtschaftssituation durchgeführt und in denen auch einige Regierungsvorlagen behandelt würden. In der zweiten Hälfte des November könnte dann die Detaildebatte über das Budget eröffnet werden, sobald in den ersten Dezembertagen das Budget an den Senat abgetreten werden könnte. Vor Weihnachten beabsichtige man, nach Beendigung der Generaldebatte über das Budget, einige Regierungsvorlagen zu behandeln, welche hauptsächlich sozialpolitischen Inhaltes sind.

Ein Dreierausschuß als slowakische Nebenregierung. Die sozialdemokratischen „Rob. Nov.“ erklären als erste Vorarbeit für die eigentliche Amtstätigkeit des neuen Ministers für die Slowakei die Schaffung eines dreigliedrigen Verwaltungsausschusses bei diesem Ministerium, welches gemeinsam mit dem Ministerium über die Bedürfnisse der Slowakei zu entscheiden hätte. Dieser Dreierausschuß sei eine ausdrückliche Forderung der sozialdemokratischen Partei.

Vorbereitungen zur Durchführung der Gauen-einteilung. Die Sammlung der Gesetze und Verordnungen publiziert eine Verordnung der abtretenden Regierung vom 21. September 1922, auf

Das Kind der Erziehung eines Priesters anzubereitern, bedeutet dessen Intelligenz töten! Es ist notwendig, den Kindern die volle Wahrheit zu bieten. Es ist notwendig, sie zu belehren, daß wir alle arbeiten müssen für Völkerverbrüderung, ferner sie zu belehren, daß sie einander lieben sollen, daß sie arbeitsam sein und so sich selbst und anderen das größtmögliche Wohl sichern sollen. Die Schule darf weder konfessionell, noch militaristisch sein.

Die Arbeit für die freie Schule war der einzige Zweck seines Lebens. Für sie arbeitete er in Paris, in Spanien, Italien, Belgien, Amerika und in England, geliebt von der Reaktion, die auf eine Gelegenheit lauerte, um in seiner Person die rationalistische Schule zu treffen. Das letzte Jahr vor seinem Tode weilte Ferrer in London. Hier traf ihn die Nachricht von einer schweren Erkrankung in seiner Familie und er reiste nach Spanien, ohne eine Ahnung zu haben, daß sich dort, in Barcelona, ein Aufbruch vorbereite. Er galt dem Gouverneur, weil er den spanisch-amerikanischen Krieg nicht zu verhindern vermocht hatte. Durch puren Zufall geschah es, daß Ferrers Aufenthalt in Barcelona und der Aufstieg zeitlich zusammenfielen — das genügte der Reaktion, um ihn wiederum als „intellektuellen Urheber“ zu verhaften und dem Militärgericht zu übergeben. Dieses beehrte sich mit der blühigen Arbeit, bevor es der gebildeten Mittelwelt möglich war, das Bestürzungswort aufzuhalten. So fiel Ferrer heute vor 12 Jahren bei den Schanzen der Festung Barcelona und noch seine letzten Worte an die zu der Schandtat kommandierten Soldaten waren Worte der Vergeltung: „Haltet gut Kinder, Ihr habt keine Schuld daran!“ Und ein Gruß der freien Schule: „Viva Escuela Moderna!“ Run jauchzten die Keritaten, denn schon durch Jahre

Das Genfer Abkommen im Nationalrat.

Wien, 12. Oktober (Eigenbericht). In der heutigen Sitzung des Nationalrates legte der Bundeskanzler die Genfer Vereinbarungen vor und begründete sie in einer kurzen Rede. Als er zu sprechen begann, wurde er von den Christlichsozialen mit stürmischem Beifall begrüßt, worauf die Sozialdemokraten mit dem Rufe antworteten: „Hoch die unabhängige Republik! Hoch der Ansehlichkeit an Deutschland!“ Nach der Rede Seipels wurde auf Antrag der Sozialdemokraten die Debatte eröffnet. Als erster Redner sprach

Dr. Renner.

Er verwies zunächst auf den Unterschied zwischen den Verhandlungen über den Friedensvertrag von St. Germain und den Verhandlungen in Genf. In St. Germain war die Regierung in ständiger Fühlung mit den Parteien des Parlamentes, in Genf hat der Bundeskanzler allein die Entscheidung getroffen. Während der Verhandlungen in St. Germain hatte Oesterreich noch die italienischen Truppen im Lande. Zwei Jahre, nachdem Oesterreich von diesen befreit wurde, liefert es Seipel wieder der ausländischen Herrschaft aus. Oesterreich hat wiederholt Kredite bekommen, ohne daß man eine Kontrolle verlangt hätte. Es ist nicht wahr, daß in den Vereinbarungen Oesterreich die territoriale Unversehrtheit garantiert wird. Die Mächte verpflichten sich nur, diese Unversehrtheit selbst zu respektieren. Es ist auch nicht wahr, daß die Kontrolle nur für zwei Jahre gilt. Da

Grund deren die Verhandlungsordnung für die Gau- und Bezirksämter veröffentlicht wird. Diese Verhandlungsordnung bedeutet einen Abschnitt in der Durchführung der Gaureform und lehnt sich an das Ermächtigungsgesetz vom 29. Februar 1922 betreffend die Errichtung von Gau- und Bezirksämtern in der tschechoslowakischen Republik an. Die Gau- und Bezirksämter, auf deren Wirksamkeit sich diese Verhandlungsordnung bezieht, werden aber erst auf Grundlage des erwähnten Gesetzes errichtet. Die Verhandlungsordnung enthält allgemeine Bestimmungen über die Tätigkeit und die Pflichten der Gau- und Bezirksämter, allgemeine Richtlinien für die Durchführung behördlicher Angelegenheiten, einen bestimmten Beschluß über die Pflichten und die Arbeit der Organe dieser Behörden und Regeln für den mündlichen und schriftlichen Verkehr.

Die Altersversicherung in der parlamentarischen Herbstsession. Wie die „Prager Presse“ berichtet, wird in der kommenden Herbstsession die bereits in meritorischer Beziehung fertiggestellte Vorlage der Altersversicherung der Nationalversammlung unterbreitet werden. Die Vorlage wird nur noch in der Hinsicht eine Ergänzung erfahren, daß auf Grund des statistischen Materials, das vom statistischen Amte der Kommission übergeben wurde, die Einsetzung der einzelnen Posten sowie die Festsetzung der Gesamtausgaben für die Altersversicherung erfolgen wird. Die Verarbeitung des statistischen Materials dürfte etwa zwei Monate in Anspruch nehmen, so daß mit der endgültigen Fertigstellung der Vorlage im Dezember dieses Jahres gerechnet werden kann.

Gemeindeabgaben und Gebühren. Infolge der Regierungsverordnung vom 29. September 1922, Slg. Nr. 283, hat die Durchführungsverordnung vom 27. April 1922, Slg. Nr. 143, zu § 59 des Gemeindefinanzgesetzes im Absätze 1 nunmehr zu lauten: „Die Gemeinden (Municipalstädte) können die bisher bewilligten Beiträge, Gebühren und Abgaben, bei denen die Zeit, für welche sie bewilligt wurden, bisher nicht abgelaufen ist, in der bewilligten Höhe und nach den bisher geltenden Vorschriften längstens bis 31. Dezember 1922 einheben. Ausgenommen sind Beiträge,

hatten die Jesuiten von der Kasse herab nach Ferrers Haupte gerufen. Und wie schrieben sie nach der Tat? Nur ein Beispiel: Am „Regensburger Morgenblatt“ stand gleich nach der Hinrichtung: „... Zweimal, ja zehnmal verdiente er den Tod, denn wahrlich, er ist ein größerer Verbrecher an der menschlichen Gesellschaft als ein Mörder, der einige Tugend Opfer an das Gewissen hat — er nahm dem Volk den Glauben an die Autorität und verführte es zur Revolution, darum mußte er zum Richtplatz.“ Den Katholiken waren Denker immer sehr willkommen.

Ferrer wünschte für seine Person keinerlei Ehrungen. In seinem Testament, das er wenige Stunden vor seiner Hinrichtung dem Notar diktierte, heißt es: „Ich wünsche nicht, daß mit meinen Ueberresten bei irgendeiner Gelegenheit, weder in naher, noch in ferner Zukunft irgend welche Manifestationen, weder politischer, noch religiöser Art veranstaltet werden; denn die Zeit, die zur Verherrlichung der Toten aufgewendet wird, kann fruchtbringender verwendet werden zur Aufbesserung der Existenzbedingungen der Lebenden. Ich wünsche, daß meine Freunde gar nicht, oder nur wenig von mir sprechen, denn mit dem Hervorheben von Menschen schafft man Götzen und das ist immer zum Schaden der Menschheit. Nur Taten verdienen, daß sie erwogen, gelobt oder kritisiert werden: lobet und ahmt sie nach, wenn sie das Wohl der Gesamtheit anstreben, kritisiert und verurteilt sie, damit sie sich nicht wiederholen, falls sie der Gesamtheit zum Schaden gereichen.“ Wenn sich die Freidenker der Welt heute, an seinem Todes-tage, seiner erinnern, so wollen sie in ihm seine Arbeit ehren und fortsetzen.

die Anleihe für zwanzig Jahre gegeben wird, wird die Kontrolle zwanzig Jahre dauern. Die Sozialdemokraten haben die Idee des Völkerbundes immer mit Leidenschaft begrüßt, weil sie der Ansicht sind, daß zwischen den Völkern auch eine Rechtsordnung bestehen muß. Nun hat sich aber gezeigt, daß der Völkerbund die Interessen des internationalen Kapitals vertritt. Seitdem der Völkerbund im Saarrevier und in Oberschlesien gewaltsam das Recht gebeugt hat und seitdem aus Lemberg und jetzt wieder St. Paul für St. Paul des Bürgerlandes genommen wird, haben wir den Glauben an den Völkerbund verloren. Oesterreich wäre in diesem fünfzehner Millionen Goldtrouen, derentwegen wir uns in die Kontrolle begeben wollen, leicht im Anlande auszubringen. Der Bundeskanzler hat die Vollmacht, die ihm der Ausschuss gegeben hat, überschritten und gegenüber der Konvention, die er abgeschlossen hat, können wir nur sagen: Nein und nein und noch einmal nein. Zum Schluß beantragte Dr. Renner folgende Mißbilligungsresolution: In Erwägung, daß der Bundeskanzler bei den Verhandlungen mit dem Völkerbund eine Konvention unterzeichnet hat, die die Unabhängigkeit der Republik schwer gefährdet, indem sie die Republik einer internationalen Kontrolle unterwirft, spricht der Nationalrat dem Bundeskanzler die schärfste Mißbilligung aus. Der Mißbilligungsantrag wurde von den Christlichsozialen und Großdeutschen niedergestimmt, die dem Dr. Seipel Dank und Vertrauen aussprachen.

Gebühren und Abgaben, die seitens der Regierung oder der zuständigen Behörde erst nach dem 1. Oktober 1921 auf längere Dauer bewilligt wurden.“ Im zweiten Absätze hat es nunmehr statt „nach dem 1. Oktober 1922“ zu lauten „nach dem 1. Jänner 1923“. Diese Bestimmungen beziehen sich jedoch nicht auf die Luftverkehrsabgabe und auf die Wertmehrabgabe von Liegenschaften (§ 37 des Gemeindefinanzgesetzes).

Ueberführung des beschlagnahmten Waldbodens in den Besitz der Gemeinden und Bewirtschaftung durch Zweckverbände.

Mittwoch, den 11. d. M. hielten das Beratungskomitee für Agrarangelegenheiten und das Komitee für Gemeindeangelegenheiten im Klublokal des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Prag unter Vorsitz des Abg. Gen. Schwaibhart eine gemeinsame Sitzung ab, bei welcher Genosse Bösl-Kuffly über die Fortsetzung der Ueberführung des vom Staate beschlagnahmten Grund und Bodens des Großgrundbesitzes in den Besitz der Gemeinden und Bewirtschaftung durch Zweckverbände referierte. Ein Musterstatut für Zweckverbände wurde vorgelegt. Nach einer eingehenden, sachlichen Debatte, an der sich die Genossen Abg. Cermak, Leibl, Ritschmann, Abl, Borik, Schweidhart und die Genossen Arenner, Ablil, Raffsch, Kuppelst und Bösl beteiligten, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die Ueberführung des vom Staate beschlagnahmten Grund und Bodens in den Besitz der Gemeinden ist zu fordern und die Bewirtschaftung derselben durch Zweckverbände zu betreiben. 2. Dem Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten wird vorgeschlagen, einen Gesetzentwurf über die Schaffung von Zweckverbänden der Gemeinden für die gemeinsame Waldbodenbewirtschaftung anzuhängen und der Nationalversammlung vorzulegen. 3. Die Bewirtschaftung des Waldbodens resp. die Bildung von Grundeinheiten zur Bewirtschaftung soll nach Möglichkeit und Ertragsfähigkeit erfolgen. 4. Am Zweckverbandstatut für die Bewirtschaftung des gemeinsamen Waldbodens der Gemeinden soll darauf Rücksicht genommen werden, daß auch der eigene Waldboden der Gemeinden in den gemeinsamen Waldboden aufgeführt und mit diesem vom Zweckverband bewirtschaftet wird.

Ausland.

Die amerikanischen Kredite.

Die Reparationsfrage, die durch den Zusammenbruch der deutschen Wirt wieder so aktuell geworden ist, daß die Reparationskommission Mittwoch über die Einrichtung einer Finanzkontrolle in Deutschland beraten zu müssen glaubte, ist nach der Ansicht aller maßgeblichen Staatsmänner nicht zu lösen, ohne daß auch das Problem der Kriegsschulden endgültig gelöst wird. Letzteres ist ohne Mithilfe des Hauptgläubigers, der Vereinigten Staaten, unmöglich, und da ist nun die Kundgebung interessant, welche aus dem Washingtoner „Weissen Hause“ gleichfalls Mittwoch herausgekommen ist. Nach diesem Kommuniqué erwartet Amerika allerdings von den meisten Schuldner in der nächsten Zeit keine Zahlungen, wohl aber von England. Wird aber das britische Reich zu Zahlungen verhalten, so tritt es naturgemäß auch an seine Schuldner, wie es Balfour schon vor einigen Monaten getan hat, mit Forderungen heran, ein Ausgleich der Reparationen gegen die Kriegsschulden wird sich also kaum herstellen lassen. Es sei denn, daß Europa auf die übrigen Erwägungen des Washingtoner Kommuniques hört, die für die Chauvinisten aller Lager freilich einen äußerst unangenehmen Klang haben. Die amerikanische Regierung verweigert nämlich für die Zukunft jeden weiteren Kredit und erklärt, „daß sie selber keine weitere Anleihe an die Alliierten mehr in Betracht zieht, sondern sie will auch die privaten amerikanischen Finanzkreise nicht ermutigen, solche Anleihen zu gewähren. Die europäische Finanzlage hat nach der An-

sicht der Ratgeber des Präsidenten Harding eine solche Gestalt angenommen, daß es Torheit wäre, eine Fortsetzung dieses Zustandes zu erlauben. Soweit es in der Macht der Vereinigten Staaten liegt, diesem Zustande durch Verweigerung jeder finanziellen Hilfe abzuhelfen, sollte es geschehen. Die Vereinigten Staaten würden ihre Pflicht gegen die Zivilisation der Welt vernachlässigen, wenn sie ihren Schuldner gestatteten, weiterhin übertriebene militärische Rüstungen mit den Summen, die ihnen Amerika geliehen habe, zu betreiben. Die Regierung wird die Aufsicht über alle Anleihen amerikanischer Finanzleute an ausländische Kreditnehmer übernehmen und ihre Mißbilligung gegenüber jeder Anleihe aussprechen, die dazu beitragen könnte, gewisse Armeen auf dem Kriegsfuß zu erhalten. Andererseits werden sich die Vereinigten Staaten in finanzieller Hinsicht nachsichtig zeigen, falls die Schuldnerstaaten ihr Budget ins Gleichgewicht bringen und ihre militärischen Rüstungen beschränken.“ Der Überlegungsgedanke bekommt durch diesen Appell an die Tugend der europäischen Siegerstaaten wirksamen Entfaltung und der militärische Größenwahn gewisser „Kleiner“ wird sich im Spiegel der Washingtoner Worte nicht gern beschaun. Denn sie bedeuten das bisher stärkste Abdrücken Amerikas von der Siegerideologie des alten Kontinents.

Die Lage in Ungarn.

In Ungarn herrscht augenblicklich Ruhe vor dem Sturm. Beruhigungsmomente sind zweifellos vorhanden. Der Streit zwischen den Legitimisten, welche Karl auf den Thron setzen wollten, und zwischen den Anhängern der Freien, auf Dorthy hinielenden Königswahl ist durch Karls Tod gegenstandslos geworden und bis zur Mündigkeit des „Kronprinzen“ Otto, die den Streit neu aufrollen könnte, ist noch viel Zeit. Ferner hat sich die Herrschaft der Reaktion so gelöst, daß sie ihres bisherigen Machtinstrumentes, des rücksichtslos wütenden Terrors, entraten kann. Die Regierenden sind also von den „Offiziersdetachements“ und der „Erwachenden Ungarn“ abgerückt und haben sogar einige Pogrombeiden, wenn auch nicht den mächtigsten, Heiß, vor Gericht gestellt. Die Vorzensur der Presse hat, weil sich Dorthy sicherer fühlt, aufgehört, die Versammlungsfreiheit ist wenigstens in leichten Ansätzen, wieder hergestellt und auch die Gewerkschaften dürfen sich einigermaßen rühren. Die Opfer des Gewaltregimes, die Eingekerkerten und Internierten, werden nach und nach der Freiheit wiedergegeben, die Beschwerden der Bevölkerung werden durch die oppositionellen Abgeordneten von der Parlamentstribüne herab ausgesprochen und die Terroristen treten mit keinen neuen Streichen hervor.

Diesen Zeichen und Gründen der Beruhigung stehen aber viele Vorzeichen künftiger bestiger Auseinandersetzungen gegenüber. Die Lage der Arbeiter, Kleinbauern und Beamten verschlechtert sich nämlich von Tag zu Tag, weil die großagrarische Regierungspolitik alle Lebensmittelpreise wahnsinnig in die Höhe getrieben hat, ohne daß die gewerkschaftlich nicht gestützten Arbeitnehmer mit ihren Löhnen schrittweisen konnten. Ungarn, dieses Land des landwirtschaftlichen Ueberflusses, steht so nahe vor einer künstlichen Hungersnot, und man kann den Tag fast errechnen, an dem sich die Erregung der breiten Massen Luft machen wird. Weil die Konterrevolutionäre diesen Tag kommen sehen, bereiten sie eine Wieder-aufstehung des weißen Terrors vor, den der alte Putschist Stephan Friedrich hauptsächlich herauszutreiben gedenkt.

Weitere Mittel, durch welche die Reaktion die „unbarmhertigen Elemente“ Inebeln möchte, sollen ein nach Ständen abgestuftes Oberhaus und die Befestigung des allgemeinen Wahlrechtes sein. Es ist klar, daß um beide Pläne ein heifer parlamentarischer Kampf entbrennen wird, und wie nun die Dorthyisten einmal sind, werden sie den Widerstand schließlich mit Heiß und Bronan brechen. Die „demokratischen“ Grundlagen, auf denen Dorthy das heutige Ungarn aufgebaut hat, werden niemals ein innerlich gesundes und sozial halbwegs gerechtes Staatswesen zu tragen vermögen; sie werden immer nur als Aufspug dem Ausland gegenüber dienen und müssen selbst, wenn Ungarns Proletariat zu seinen primitivsten Rechten kommen soll, solange sie bestehen, werden in dem unglücklichen Lande höchstens Erlaue mit Ruhepausen nach dem Sturm wechseln.

Telegramme.

Der Kampf um den Getreidepreis in Deutschland.

Berlin, 12. Oktober (Eigenbericht). Unter Vorsitz des Reichsernährungsministers befahte sich heute der Reichsrat mit der Feststellung der Preise für das erste Drittel der Getreidemenge. Ohne Erörterung wurde die Vorlage der Regierung angenommen, daß die Getreidepreise wesentlich erhöht werden sollen. Jetzt hat der Reichstag das Wort.

Gegen die Verfassungsrevision in Südrussien.

Belgrad, 12. Oktober. (Sch. P. B.) Die Beratungen der demokratischen Partei über die irrtümliche Frage führten zu dem Ergebnis, daß sich alle Abgeordneten für die Erhaltung der Einheitlichkeit der Partei, für das Festhalten an der bisherigen Verfassung und gegen alle Aktionen aussprachen, welche auf eine Revision der letzteren abzielen. Eine Resolution, welche schließlich angenommen wurde, bejaht, die demokratische Partei sei bereit, an jeder Aktion mitzuwirken, welche auf die Durchführung der Verfassung und die Erhal-

lung der staatlichen nationalen Einheit, insbesondere in jugoslawischer Ideologie, abziele. Die Partei widersteht jedem Versuche einer Revision der Verfassung, bevor sie nicht vollinhaltlich in Kraft getreten und der Wert ihrer Bestimmungen erprobt sei. Auf diese Weise ist der Konflikt in der Partei beigelegt und deren Spaltung vorgebeugt.

Strafantrag für Fehrenbach: 15 Jahre.

München, 12. Oktober. (Sch. P. B.) In dem Journalistenprozess wurde vom Staatsanwalt für die Angeklagten Fehrenbach, Lembke und Gargas je 15 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust beantragt.

Arbeitskrise in Sachsen.

Dresden, 12. Oktober. Die Verhältnisse auf dem sächsischen Arbeitsmarkt haben sich in der letzten Woche überaus verschärft. Zahlreiche Betriebsbeschränkungen werden gemeldet. Entlassungen finden bereits in der Eisen- und Metallbranche und wie es die Industrie mit sich bringt, in der Bauindustrie und besonders in der Holzindustrie statt. Auch die Textilindustrie ist schlechter beschäftigt. Die Zahl der Arbeitslosen steigt von Tag zu Tag. Auch die Tabakindustrie liegt bereits zum größten Teile brach.

Das Abkommen von Mudania tritt in Kraft.

Paris 12. Oktober. (Sabas.) Das gestern früh von den militärischen Delegierten Englands, Frankreichs, Italiens und der Türkei abgeschlossene Abkommen von Mudania tritt in der Nacht vom 14. zum 15. um Mitternacht in Kraft, worauf die Feindseligkeiten aufhören werden.

England und Mesopotamien.

London, 12. Oktober. (Sch. P. B.) Zwischen Großbritannien und dem König Feisal ist ein Vertrag unterzeichnet worden, der die legalen Grundlagen der Beziehungen Mesopotamiens regelt. Dieser Vertrag ist gestern abends als Weisung veröffentlicht worden. Er gibt Großbritannien auf 20 Jahre die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten Mesopotamiens. Gleichzeitig enthält er Bestimmungen, die mit dem Mandat des Völkerbundes im Zusammenhang stehen. Sobald Mesopotamien in den Völkerbund aufgenommen werden ist, endet das britische Mandat. Die Beziehungen zwischen den beiden Staaten werden solche wie zwischen souveränen Staaten sein, mit Ausnahme der durch den Vertrag vorgegebenen Einschränkungen.

Königliche Truppen an China.

New York, 11. Oktober. (Sch. P. B.) Aus Hingon hört die Meldung vor, Japan habe sich entschlossen, sich zurückzuziehen und China am 2. Dezember die militärische Oberhoheit in Tsingtau zu übergeben.

Tages-Neuigkeiten.

Eine Reminiscenz an die Verfolgungen des freien Gedankens im alten Oesterreich. Seit dem 30. Oktober 1910 findet heute zum erstenmal in Prag eine Ferrerfeier, veranstaltet von den Freunden beider Nationen, statt. Die österreichische Regierung, unter Herkules Drude stehend, verfolgte bekanntlich die Freidenkerbewegung in der schamlosesten Weise. Bereits die erste Ferrer-Feierfeier, die von den beiden Freidenkervereinen am 16. Oktober 1909 veranstaltet wurde, verfiel der Auflösung, gleichzeitig erfolgte auch die Auflösung des tschechischen Freidenkervereines „Augustin Zmetana“. Als am 16. Oktober 1910 wieder eine solche Feier angeregt wurde, erfolgte sofort das Verbot, welches damit begründet wurde, daß die Person eines Verbrechers nicht verherlicht werden darf. Dennoch wurde eine neue Manifestation veranstaltet, die massenhafte von Angehörigen beider Nationen besucht war. Gleich bei Beginn der Versammlung wurde den beiden Vorsitzenden Dr. Bouček und Ludwig Kiehl von den Regierungsvertretern die Mitteilung gemacht, daß der Name Ferrers nicht genannt werden darf. Trotz der wiederholten Unterbrechungen durch die Regierungsvertreter gelang es den beiden Vorsitzenden, bis zum Referate des Wiener Schriftstellers Börner's, die Versammlung weiterzuführen. Dann aber wurde die Versammlung aufgelöst. Ein Sturm der Entrüstung gegen diese unerhörte Brutalität und Vergewaltigung von mehreren tausenden Staatsbürgern beider Nationalitäten erfüllte den Saal und alles drängte gegen das Podium, auf welchem die beiden Regierungsvertreter standen. Die Versammlungsteilnehmer entfernten sich in höchster Erregung aus dem Saale und formierten sich dann zu einem Demonstrationzüge, der sich durch die innere Stadt bewegte. Als Nachspiel zu dieser imposanten Veranstaltung wurden die beiden Vorsitzenden sowie die Referenten Dr. Variösel und Wilhelm Börner in Anklagezustand versetzt. Börner wurde als Verbrecher zu einer vierzehntägigen Kerkerstrafe verurteilt. Dieses Schandurteil rief in der ganzen Kulturwelt das größte Aufsehen und Entsetzen hervor. Die bedeutendsten Rechtsgelahrten Europas veröffentlichten in der Tagespresse Abhandlungen über die Ungeheuerlichkeit des Prager Urteiles. Dr. Weigel Bouček fungierte als Verteidiger. Dr. Ofner als Entlastungszeuge. Zu Wien fand

Die Wirtschaftskrise.

Die Kommunisten verteidigen das Diktat der 60prozentigen Lohnherabsetzung der Arbeitgeber.

Bei der Firma Müller in Grottau fand anlässlich der Lohnbewegung im Reichenberger Kreisgebiet eine Betriebsversammlung statt, in welcher der Betriebsrat über die Lohnverhandlungen und über die Konferenzbeschlüsse der Kommunisten Bericht erstattete. Der Sprecher des Betriebsausschusses der Firma Müller in Grottau erklärte, in der im Betriebe abgehaltenen Betriebsversammlung, daß in der gegenwärtigen Situation ein Streik vollständig ausgeschlossen sei und daß der 60prozentige Lohnabbau nicht abgewehrt werden kann. Er sagte weiter, daß sich die Arbeiterschaft diesen Lohnabbau wird gefallen lassen müssen und wer nicht einverstanden ist, soll daraus die Konsequenzen ziehen und gehen, das heißt den Betrieb verlassen. Daß solche Betriebsversammlungen, welche im Betriebe stattfinden und von den Vertretern der Arbeitgeber bespielt werden, die Arbeitgeber stärken, und dazu bestimmen, von dem 60prozentigen Lohnabbau nicht abzugehen, wird jedem Laien einleuchten. Dem Betriebsausschuß verübeln wir diese Ausdrücke nicht allzu sehr, weil er jedenfalls nur das Sprachrohr des kommunistischen Sekretärs Mai ist. Man ersieht jedenfalls daraus, daß die Gewerkschaftspolitik der Kommunistenführer sehr weitläufig ist. Noch bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind, wird der Arbeiterschaft erklärt, daß sie einen so beträchtlichen Lohnabbau hinnehmen müssen. Es mag schon sein, daß bei den kommunistischen Organisationen die Streiklisten nicht allzu sehr gefüllt sind, weil die gewerkschaftlichen Gelder zur Sanierung der Schulden für bankrotte Parteienternehmungen verwendet werden. Die Unternehmer brauchen ihr Diktat nach diesen Vorkommnissen gar nicht mehr verteidigen, denn die Kommunisten, mit Herrn Mai an der Spitze, besorgen dies viel besser und auch wirksamer.

Die Arbeitslosigkeit in Weipert.

Gemeinsam mit den Vertretern der Gemeinde Weipert und dem Verband der chemischen Arbeiter sprach Genosse Dr. Politischer gestern im Ministerium für soziale Fürsorge vor, um vor allem Beschwerde zu führen, daß Ministerialsekretär Dr. Rosenkranz, der vor einigen Wochen in Weipert weilte, 75 Prozent der Arbeitslosen aus der Liste der mit der Arbeitslosenunterstützung bedachten gestrichen hat. Die Abordnung ersuchte den Minister dringend, das Gesetz über die Arbeitslosenunterstützung möge im dortigen Glandsbezirk liberal gehandhabt werden. Im Bezirke Weipert gibt es bisher 606 Arbeiter, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, und 700, die keine erhalten. Die Zündhölzchenfabrik hat ihren Betrieb eingestellt, sodaß noch 150 Arbeitslose dazu kommen. Der Minister versprach, der Abordnung seine warmste Unterstützung zusammen zu lassen und die vorgebrachten Beschwerden einer Untersuchung zu unterziehen.

Die Kommunisten und der Lohnabbau.

Bei den Lohnverhandlungen in Reichenberg hat der Sekretär der kommunistischen Textilarbeiter May behauptet, daß die Kommunisten infolge der Vorgänge in den anderen Gebieten in Reichenberg dem Lohnabbau zustimmen müssen und daß es das erste Mal ist, daß sie über einen Lohnabbau überhaupt verhandeln. Diese Behauptung ist eine ausgesprochene Lüge. May hat in Rumburg am 4. April 1922 ein Protokoll unterschrieben, in dem er der 12prozentigen Lohnherabsetzung, die dort eintrat, zustimmte. Es ist auch eine Lüge, wenn den Reichenbergern erzählt wird, daß die kommunistische Textilorganisation nur gezwungen durch das Verbot der freien Gewerkschaften über einen Lohnabbau verhan-

deln mußte. Im März 1922 wurde in keinem Gebiete außer Wernsdorf und Reichenberg ein Lohnabbau gefordert, so daß gesagt werden kann, daß May als erster über die Höhe des Lohnabbaues verhandelt hat. — Der tschechische chemische Verband, dem die kommunistische Textilorganisation als Sektion angehört, hat viel früher als alle anderen Gewerkschaften den Lohnabbau in der Papierindustrie durchgeführt. Es wurde weiter ein Vertrag für die Lederindustrie noch vor der Saison mit einem Lohnabbau abgeschlossen. Für die slowakischen Magnesitgruben hat der chemische Verband zwar eine 25%ige Lohnherabsetzung gefordert, jedoch nach wochenlangem Streik mit einer 18prozentigen Lohnreduzierung abgeschlossen. Selbst in Madno haben die Vertrauensleute der Kommunisten einer 25prozentigen Lohnreduzierung zugestimmt. Wir könnten noch eine ganze Anzahl von Lohnbewegungen anführen, wo der tschechische chemische Verband mit Lohnreduktionen abgeschlossen hat. — Mit solchen Lügen suchen also die Kommunisten die Arbeiter zu täuschen.

Wenn beim Obersten Gerichtshof als Kassationshof die Verhandlung über die vom Verteidiger Dr. Bouček eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde statt, bei welcher auch Dr. Ofner intervenierte. Das Urteil des Prager Gerichtes (14 Tage Kerker) wurde am 18. Dezember 1911 aufgehoben und Börner zu drei Tagen einfachen Arrestes verurteilt. Theatersubventionen. Bei dem ungeheueren materiellen Zusammenbruch, den die Bühnen in den jetzigen Ländern, die in den Krieg verwickelt waren, jetzt durchmachen, ist es selbstverständliche Pflicht der Regierung eines Landes, die schwankend gewordenen Bühnen durch Subventionen zu stützen. Es darf bei diesen Subventionen jedoch nicht vorkommen, daß man Bühnen, deren Daseinsberechtigung nicht ohne weiteres erwiesen ist, im Verhältnis zu anderen nothleidenden Opern so bevorzugt, daß die Subvention eher als Ausbalsamung angesehen werden muß. In der „Tribuna“ wurde gestern eine Statistik veröffentlicht, die alle Summen verzeichnet, welche die Bühnen dieses Staates im Jahre 1921 und für die bereits abgelaufene Zeit des Jahres 1922 erhalten haben. Nach dieser Statistik erhielt das slowakische Nationaltheater in Prahburg im Jahre 1921 insgesamt 3,670,000 Kronen an staatlichen Subventionen; für das Jahr 1922 zahlte der Staat für das Prahburger slowakische Theater bereits 1,800,000 Kronen. Wenn man nun bedenkt, daß die deutsche Bühne in Jglav, wo es doch im Verhältnis sicher weit mehr Deutsche gibt als Slowaken in Prahburg, im Jahre 1921 nur — 5000 Kronen Subvention vom Staate erhielt, so wird man sich eine Vorstellung davon machen, wie in

dem Mangel an Zucker. Das Ministerium für Volksernährung teilt mit, daß von allen Seiten Klagen darüber einkommen, daß in den Geschäften kein Zucker zu haben ist. Das Ministerium macht darauf aufmerksam, daß der Zuckerhandel vollständig freigegeben wurde und daß es nicht die Möglichkeit habe, irgendwelche Vorräte auf den Markt zu werfen. Die Ursachen des jetzigen Zuckermangels beruhen darauf, daß die alten Vorräte vollständig verkauft sind, während infolge des ungunstigen Wetters in die Rohzuckerfabriken so wenig Rübe eingeliefert wird, daß die Produktion ins Stocken geraten ist und die Raffinerien zu wenig Rohzucker erhalten. Der Zuckermangel ist daher nur vorübergehender Natur. Das Ministerium wird dafür Sorge tragen, daß der produzierte Zucker rasch in den Konsum gelangen wird.

Ermäßigung der Preise für denaturierten Spiritus und Spiritus zu industriellen Zwecken. Es wird uns mitgeteilt: Das Interministerielle Komitee für die Liquidation der Spirituskommission beschloß dem Finanzministerium eine entsprechende Ermäßigung des Verkaufspreises von Spiritus, denaturiert mit allgemeinen Denaturierungsmitteln und Spiritus zu industriellen Zwecken, vorzuschlagen. Dieser Vorschlag wurde bereits vorgelegt und es ist die Ermäßigung dieser Spiritus-Sorten mit Gültigkeit vom 1. November 1922 gedacht. Die Preise der übrigen Spiritus-Sorten für den Inlandgebrauch bleiben unverändert.

Eine Denkschrift der Handelskammern über die Wirtschaftskrise. Am 11. Oktober fand eine Sitzung der Zentrale der Handelskammern statt, in der der Entwurf einer Eingabe an die Regierung betreffend die Wirtschaftskrise und ihre Verhärterung durch das Steigen der Krone sowie die Anträge zur teilweisen Milderung der nachteiligen Wirkungen der Valutasteigerung genehmigt wurde. Die Denkschrift wird in Druck gegeben und allen Ministerien übermittelt werden. — Es wurde auch die Regierungsvorlage eines Gesetzes betreffend die Unterdrückung falscher Berufsbezeichnungen beraten und hierbei einmütig die Forderung erhoben, daß der Gesetzesentwurf über den Inhalt der internationalen Abmachungen nicht hinausgehe. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Regelung des Versuchs- und PrüfungsweSENS wurde vollständig abgelehnt.

Verbilligung der künstlichen Düngemittel. Beim Landwirtschaftsministerium fand am 27. September eine Beratung der Vertreter der Landwirtschaft und der Erzeuger von künstlichen Düngemitteln statt, welche die Verbilligung der Düngemittel zum Gegenstand hatte. Es wurde in einigen Punkten eine Einigung dahingehend erzielt, daß einige Düngemittel im Preise sofort herabgesetzt werden.

Einige Denkschriften der Handelskammern über die Wirtschaftskrise. Am 11. Oktober fand eine Sitzung der Zentrale der Handelskammern statt, in der der Entwurf einer Eingabe an die Regierung betreffend die Wirtschaftskrise und ihre Verhärterung durch das Steigen der Krone sowie die Anträge zur teilweisen Milderung der nachteiligen Wirkungen der Valutasteigerung genehmigt wurde. Die Denkschrift wird in Druck gegeben und allen Ministerien übermittelt werden. — Es wurde auch die Regierungsvorlage eines Gesetzes betreffend die Unterdrückung falscher Berufsbezeichnungen beraten und hierbei einmütig die Forderung erhoben, daß der Gesetzesentwurf über den Inhalt der internationalen Abmachungen nicht hinausgehe. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Regelung des Versuchs- und PrüfungsweSENS wurde vollständig abgelehnt.

Paul Levi in Reichenberg. Aus Reichenberg wird uns vom 12. d. gemeldet: Die Sprengung der für heute abend einkommenden Versammlung, in welcher Gen. Dr. Paul Levi aus Berlin sprach, ist den Kommunisten nicht geglied. Die Versammlung war von mehr als 700 Personen besucht, welche den Ausführungen des Redners stürmischen Beifall spendeten. Die Kommunisten hatten unter dem Vorwande einer Rundgebung gegen die Lohnoffensive auf dem Marktplatz einige Hundert Arbeiter zu versammeln vermocht, welche sie dann aufforderten, zur sozialdemokratischen Versammlung zu ziehen und sie zu strengen. Doch leisteten dieser Aufforderung nur etwa 250 Arbeiter Folge. Doch ihr Versuch, einzudringen, wurde von den Ordnern ohne Mühe ab-

gewehrt. Die Versammlung in dieser Stadt, die bisher eine Hochburg der Kommunisten war, stellt einen großen Erfolg unserer Partei dar. Es ist den Kommunisten nicht gelungen, die Arbeiter zur Sprengung der Versammlung zu verheizen, ein Zeichen dafür, daß auch die Reichenberger Arbeiterschaft das verheerende Treiben satt zu bekommen beginnt. Die gelben Wajersin. Am letzten Sonntag gab der Abgeordnete Jung im schlesischen Würcenthal eine Vorlesung. Nach dem eingehenden Berichte waren zu der Versammlung der Nationalsozialisten alles in allem in ihrer Parteigänger erschienen; der Rest der Besucher — rund 350 arbeitslose Zuhörer — waren Sozialdemokraten, in deren Namen Genosse Rather den nationalen „Sozialismus“ samt seinem Wortführer Jung gepöbelte. Ja, die Deutschgelben haben in Schlesien eine gewaltige Bewegung hinter sich! Eine sonderbare Aeußerung ist dieser Tage dem kommunistischen Parteisekretär Baumheier entschlüpft. Es war in der Bodenbacher Versammlung des Genossen Paul Levi. Baumheier sagte dort unter anderem — wir zitieren wörtlich nach unserem Bodenbacher Parteiblatt — „er hätte gar nichts dagegen, wenn Schmeral Minister würde, er (Schmeral) würde sich gar nicht so schlecht ausnehmen als Minister“. Diese Worte aus dem Munde eines Kommunisten sind überaus wertvoll, denn sie verraten, wie deren Vertrauensmänner über ihren ersten Führer denken. Natürlich werden jetzt die Kommunisten kommen und nachträglich feststellen, daß Baumheier diese Worte gar nicht gebraucht oder zumindest anders gemeint habe. Wir aber wollen es uns merken, daß die ehemals Kompromißlosen heute behaupten, daß sich Schmeral als Minister gar nicht so schlecht ausnehmen würde.

Die Freudenhäuser in Ostrau werden wieder geöffnet. Wie aus Mährisch-Ostrau gemeldet wird, trägt man sich dort angeblich mit den Gedanken, die vor einem Monat polizeilich gesperrten Freudenhäuser in Mähr.-Ostrau wieder aufleben zu lassen, da sich bei der Unzulänglichkeit des Gesetzes über die Aufhebung der Freudenhäuser eine Unterbringung der beschäftigungslos gewordenen Freuden-Mädchen als unmöglich erwiesen hat. Die Folge davon war, daß die Mädchen auch nach der Aufhebung der Freudenhäuser ihr bisheriges Leben geführt haben, ohne daß aber der bisher in Geltung gewesene sanitäre Kontrolldienst aufrecht erhalten worden wäre. — Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, dann wäre die Behauptung gerechtfertigt, daß die für die Gesundheit der Bevölkerung dieses Staates verantwortlichen Stellen nicht fähig sind, ihren Pflichten auch nur im geringsten nachzukommen.

Militärbezugsleistungen. Da am Samstag die dreimonatliche Frist abläuft, für die das Militärbezugsleistungsgesetz geschaffen wurde, treten an diesem Tage die zu diesem Gesetze gefassten Beschlüsse des Senats in Kraft. Nach diesen Senatsbeschlüssen werden 4000 Mann, obwohl sie die vorgeschriebene Dienstzeit noch nicht abgedient haben, nach Hause entlassen.

Schwere Bestrafung harmloser „Schmuggler“ in Sachsen. Nach dem alten Sprichwort: „Den Kleinen hängt man, den Großen läßt man laufen!“ wird auch bei den Verurteilungen in Sachsen verfahren, die sich mit Schmugglerstrafsachen zu befassen haben. So erhielt in den letzten Tagen eine 32 Jahre alte ledige Wirtschaftlerin aus der Nähe von Bohm.-Leipa, die vom Grenzschutz abgefangen wurde, und bei der man einige Kleinigkeiten im Gesamtwerte von 23,251 Mark fand, zunächst einen Strafbefehl über eine Million Mark oder ein Jahr Gefängnis. Auf ihren Einspruch ermahnte das Gericht die Strafe auf die Hälfte. Ein arbeitsloser Fabrikarbeiter aus Wernsdorf erhielt wegen Schmuggels eines Fahrradfreilaufs einen Strafbefehl über 25,000 Mark, ein Schneidermeister wegen verbotenen Schmuggels von Kleidungsstücken im Werte von 12,000 Mark einen Strafbefehl über 400,000 Mark. Das Schöffengericht von Großschönau verurteilte zwei tschechoslowakische Arbeiter wegen Schmuggels von je einem Paar Schuhe zu 22,000 bzw. 52,000 Mark Geldstrafe. Zwei andere, die außer zwei Selbstbindern einen Anzug durchgeschmuggelt hatten, mußten 150,000 Mark bzw. 500,000 Mark bezahlen. Und während arme, arbeitslose Menschen, die sich einmal in einigen Jahren eine dringend notwendige Sache kaufen können, erbarmungslos ungeheure Strafen zahlen müssen, schieben die großen Gauner Millionen von Valuten mit Hilfe der Banken über die Grenze, ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt wird. Das nennt man eben nicht Schmuggel, das ist eine — lautmännliche Ueberschwengung!

Von der Bezirkskrankenkasse in Mähr.-Schönberg. Die Leitung der Bezirksorganisation Mähr.-Schönberg der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 6. Oktober 1922 mit bedauerlichen Vorkommnissen in der dortigen Bezirkskrankenkasse. Entgegen dem Beschlusse des Vorstandes, erhöhte Krankenleistungen selbstverständlich an die gesamte Mitgliedschaft unterschiedlos auszusahlen, haben es Organe der Krankenkasse unterlassen, diesen Beschlusse ordnungsgemäß durchzuführen. Als diese bedauerlichen Verfehlungen bekannt wurden, sind die Vertrauensmänner der deutschen sozialdemokratischen Partei bei den verantwortlichen Faktoren der Krankenkasse eingeschritten, und in der Sitzung konnte berichtet werden, daß nun bereits von der Kassenleitung entsprechende Verfügung getroffen wurde, daß an alle Mitglieder automatisch die erhöhten Leistungen nachgezahlt werden. Der Vorstand der Krankenkasse wird sich nun in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen

müssen, welche Beamte an dieser vorübergehenden Schädigung der Rassenmitglieder schuldig sind. Die Feststellungen des Vorstandes werden insbesondere halsklar über die Verantwortlichkeit des Rassenleiters Proger und des Abteilungsleiters Schürer bringen.

Ein „Gotteslästerungsprozess“ in Deutschland. Die die „D. Z. am Mittag“ meldet, verurteilte das Gericht, im ersten in der Republik geführten Gotteslästerungsprozesse Karl Einstein, den Verfasser des Buches „Die schlimmste Völschafft“, zu sechs Wochen und den Verleger Morholt zu drei Wochen Gefängnis. Die Strafe wurde für Ersteren in eine Geldstrafe von 10.000, und für Letzteren in eine solche von 5.000 Mark umgewandelt.

Ein tüchtiger Dieb! Mit welcher Unterfrentheit die Diebe der Nachkriegszeit vorgehen, bezeugt ein Fall, der sich kürzlich in Stuttgart ereignet hat. Dort hatte der Inhaber einer großen Wollfirma schon seit vielen Monaten große Abgänge an seinen Warenbeständen wahrgenommen. Er wußte, daß der Dieb bei ihm im Hause sein müsse, konnte aber keinen festen Verdacht fassen. Bis schließlich durch Beobachtungen sein Mißtrauen gegen seinen Betriebsleiter rege wurde. Dieser, der bisher das vollste Vertrauen seines Chefs genossen hatte, bewohnte ein zu den Geschäftsräumen gehöriges Zimmer und hatte die Aufsicht über die Geschäftskassentätigkeiten, zu denen er auch allein die Schlüssel besaß. Nach einer Durchsuchung der Wohnung des Betriebsleiters wurde er verhaftet, da bei ihm gestohlene Waren aus den Beständen der Firma gefunden wurden. Wie sich nunmehr herausstellte, reichen die Diebstähle mindestens bis November vorigen Jahres zurück; der Wert bejährt sich auf mehrere Millionen Mark. Den Dieb in der Unberechenbarkeit dieser Millionenverschwendung stellt jedoch die Art dar, wie der Betriebsleiter das Diebesgut wieder in Geld umgewandelt hat. Er hat an sich selbst fingierte Briefe gerichtet, in denen er Offerten in Wollwaren machte. Die Offerten zeigte er seinem Chef, der dann tatsächlich mehrmals den „Ankauf“ von mehreren Kilogramm Schafwolle vornahm und dem Betriebsleiter einen zehnprozentigen Verdienst davon zusicherte. Auf diese raffinierte Art und Weise ließ der Dieb seinen Chef das ganze ihm erst gestohlene Gut wieder auslaufen, und man kann sich das vergnügte Schmuggeln vorstellen, mit dem er nach solch glücklichen Geschäftsabläufen auch noch den zehnprozentigen Gewinn einstrich.

Der Fuhrtritt für die überflüssig geordnete Arbeiterschaft. Wie bekannt, hat vor kurzem die Berliner „Tägliche Rundschau“ ihren Verleger gewechselt. Bei dieser Gelegenheit war wieder einmal zu sehen, wie Kapitalismus und Kapitalisten auch mit der geistigen Arbeitskraft umspringen, wenn sie überflüssig geworden. Den Redakteuren des nationalsozialistischen Monatsblattes waren dessen finanziellen Schwierigkeiten und auch die eingeleiteten Verkaufserhandlungen völlig unbekannt. Der Verkauf ist in einer kaum zwei Stunden dauernden Verhandlung perfekt geworden und den Redakteuren ist dann noch am selben Tage auf einem hektographierten Bogen die Kündigung zugegangen. Gleichzeitig wurde ihnen mitgeteilt, daß sie im Betriebe vorläufig nicht mehr zu erscheinen brauchen. Ueber ihr Anstellungsverhältnis hat der Verlag sie im übrigen auch weiterhin im unklaren gelassen, doch hat er mit allen möglichen Mitteln versucht, sie von ihren rechtmäßigen Ansprüchen durch geringe Abfindungssummen abzubringen. Das ist in der Tat auch bei einem Teil der Redakteure gelungen. Nachträglich stellte sich erst heraus, daß der neue Verlag der „D. Z.“ eine gewisse Summe für die noch ausstehenden Ausgaben bereitgestellt hatte, und es wird jetzt behauptet, daß selbst an dieser Summe für die Redakteure der alte Verlag noch gewisse Verdienste erzielt habe. Der alte Verlag versucht,

seinen Verpflichtungen gegenüber den Redakteuren vom 1. Januar 1922 ab nicht mehr nachzukommen. Pörschend für die schändliche Behandlung der Redakteure durch den alten Verlag ist die Tatsache, daß, obwohl keinerlei Arbeit für sie vorhanden war, die Redakteure sich täglich im Gebäude zu melden haben, widrigenfalls, so sagt der Verlag, sie ihrer Ansprüche gegenüber dem Verlag verlustig erklärt werden würden.

Was ein Einmillionenrubelschein wert ist. Ein Angestellter einer größeren Fabrik erhielt hier kürzlich von einem Freunde aus Moskau einen der neuen in Sowjetrußland in den Verkehr gebrachten Einmillionenrubelscheine zugesandt. Auf die Rückseite dieses Scheines hatte der deutsche Abnehmer aus Moskau folgendes geschrieben: „Der Kurs dieses Scheines beträgt augenblicklich 73,50 Mark, aber kaufen kann ich mir hierfür in Moskau sehr wenig; zwei Aufsichtskarten kosten eine Million, ein Bleistift auch eine Million, eine kleine Flasche Tinte ebenso eine Million. In der Konditorei bekomme ich hierfür einen Kuchen oder ein Glas Kaffee (800.000 plus Trinkgeld 200.000 macht eine Million). Eine kleine (halbe) Tafel Schokolade kostet eine Million, ein Päckchen Zigaretten (25 Stück) eine Million. Daher erlaube ich mir den Vorschlag, auf der von der Sowjetregierung vorsorglich unbedruckt gelassenen Seite dieses Scheines Deiner lieben Dede und Dir aus dem Paradies der Milliardäre meinen besten Gruß zu übersenden.“

Russische Studentennot. Die Moskauer „Iswestija“ schildert die schwierige Lage der russischen Studentenschaft zu Beginn des neuen Semesters. Der Staat wird aus Sparmaßregeln nur 25 Prozent der Studenten weiterverpflegen. Besonders in Moskau haben sie auch mit großen Wohnungsschwierigkeiten zu kämpfen, die für die große Masse der aus der Provinz stammenden Studenten noch dadurch gesteigert werden, daß auch die Studentenheime den staatlichen Stipendien vorbehalten bleiben. Infolge der Kürzung des Beamtenpersonals werden die Studenten ihren Lebensunterhalt nicht mehr durch Arbeit in den Behörden erwerben können, wie es bisher oft geschah. Die Hochschulbehörden versuchen Privatmittel für die Studentenhilfe heranzuziehen und die Stiftung von Stipendien durch Privatpersonen und private Vereine zu fördern. Wegen Kürzung der staatlichen Kredite mußte ein Drittel der bei den Hochschulen unter dem Namen von „Arbeiterkatalogen“ bestehenden Vorbereitungskurse zum akademischen Studium geschlossen werden.

Das geheime Rohr des Spiritusbrenners. Nach der „Neuen Berliner Morgenzeitung“ hat die Essener Polizei in der Spiritusbrennerei Krautkrämer auf Hunderte von Millionen sich belauende Steuerhinterziehungen und Unregelmäßigkeiten aufgedeckt, die zwei Jahre lang fortgeführt wurden. Der Brennereibesitzer hatte unter anderem ein geheimes Rohr anlegen lassen, durch das er nachts Spiritus ablaufen ließ, während er bei Tage das mit einer ontischen Kontrolluhr versehene Rohr benützte. Der Brennereibesitzer, der noch vor zwei Jahren arm war, ist jetzt Millionär. Die Polizei hat eine Anzahl von ihm gekaufte Häuser beschlagnahmt und ihn und seinen Helfershelfer, einen Kassassistenten, verhaftet.

Eine Statistik der epidemischen Krankheiten. Laut Meldung des Sanitätsdepartements der polnischen Landesverwaltung in Prag wurden in der Zeit vom 16. bis 30. September folgende Krankheiten zur Anzeige gebracht: Bei der Zivilbevölkerung: Scharlach 105 (6 Todesfälle), Diphtherie 54 (1), Bauchtyphus 93 (11), Dysenterie 21 (8), Genickstarre 2 (3), Rindpestfieber 17 (6), Trachom 16 (0), Paratyphus 1 (0). Beim Militär: Bauchtyphus drei Fälle, Genickstarre ein und Trachom ein Fall. Sterbefall keiner. Außerdem traten unter der Zivilbevölkerung

noch auf: Brechttyphus ein Fall, Wutkrankheit 3 (3), Malaria 2 (1), Paricella 24 (0) Fälle.

Ausbruch von Sträflingen. Wegen Verwilderung des Anstaltsgebäudes wurde in der Garnisonsstrafanstalt in Theresienstadt vor einigen Tagen ein Teil der Sträflinge in eine Interkommunikation untergebracht. Am Montag gelang es acht Sträflingen die Mauer dieser Abteilung zu durchbrechen und die Straße zu ergreifen. Einer der Geflüchten, der nach Zittow unabhängige Rudolf Holz wurde am Mittwoch von den Detektiv Rudl in Lössau ausfindig gemacht und verhaftet. Weitere drei Flüchtlinge, der Brauereigehilfe Josef Dunkel aus Budweis, der Zahntechniker Vladimir Deger und der Spengler Ferdinand Kocourel aus Budweis wurden gestern von der Polizei auf dem Wege von der Josef Groß-Beutel nach Dolechowitz festgenommen. Es sind noch flüchtig: der Häftlinge Josef Kotruba aus Zittow, Wenzel Mizersa aus Budweis, Franz Kozelouzek aus Pelsa und Gottlieb Alexander aus Podoli.

Gerichtssaal.

Die Blädoners im Rathenauprozeß.

Leipzig, 12. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Vernehmung am Mittwoch geschlossen worden, nachdem man beschloffen hatte, den vielumstrittenen Zeugen Brüdligam, mit dem Tilsener einen scharfen Zusammenstoß hatte — jeder beschuldigt den anderen der Lüge — wegen des Verdachtes der Teilnahme nicht zu verurteilen. Brüdligam hat bekanntlich eine Doppelrolle des Spießes gespielt und mehrfach vorbestraft und aus dem Irrenhaus gewesen. Trotzdem ist zu bedenken, daß seine Aussagen klar und bestimmt waren und daß seine Warnungen vor den Attentaten auf Scheidemann und Rathenau sich nachher als richtig herausgestellt haben, während Tilsener seinen Verbindungen nur gekünstelte Antworten entgegenzusetzen hatte, und sich überdies in wunderlicher Schmierigkeiten verwickelte. Der Oberreichsanwalt hat die Anklagen gegen alle Angeklagten mit Ausnahme von Bok, für den er Freispruch erbitet, aufrecht erhalten. Er fordert überdies die Aberkennung der Ehrenrechte, weil es sich nicht um eine rein politische Tat, sondern mehr um einen feigen, gemeinen Mord handelt. Daß Organisationen dahinter stehen, ist noch nicht schlüssig erwiesen, aber dafür sprechen sehr viele Anzeichen. Auf jeden Fall habe die antisemitische Szene eine Wort-Atmosphäre geschaffen. Bei Tilsener erklärte er, daß dieser hart verdächtig ist, der eigentliche Organisator des Mordes zu sein. Das sei ihm aber nicht zuzugestehen zu werden, sodas er ihn nur die Anklage wegen Unterlassung der Anzeige beharren bleibt. Am Donnerstag zeigte sich erst die Wirkung dieser Strafandrohung. Ernst Tschow wird unter ermahnenden Worten des Präsidenten mürbe. Unter Tränen erklärte er, daß er deshalb nicht von der Ausführung des Mordes zurücktreten konnte, weil Kern ihn gedroht hat, daß er ihn sonst erschlagen werde. Verteidiger Reichsanwalt Sahn sucht vor allem die Deutschnationalen von dem Vorwurfe der Mithuld zu entlasten. Die Organisation C nimmt er ebenso wie sein Kollege Sahn nur bedingt in Schutz. Er wendet sich aber gegen die Aberkennung der Ehrenrechte und hebt hervor, daß die meisten Angeklagten freiwillig für die Republik gekämpft hätten. In Wirklichkeit wollten die Angeklagten bei der Niederwerfung der Unruhen, wie in Bremen, München usw. nicht für die Republik, sondern für die Wiederherstellung der alten Ordnung kämpfen. Die anderen Verteidiger vertraten ihre Klienten im einzelnen. Ernst Tschow wird vom Rechtsanwalt Sahn als ganz unter dem Einfluß von Kern stehend hingestellt. Er ist noch immer nicht Mithäter, sondern nur der Schiffschuld. Auch die anderen Verteidiger versuchen die Schuld ihrer Angeklagten in gelinderem Lichte darzustellen, teilweise beantragen sie sogar Freispruch. Die Blädoners gehen weiter.

Totschlag, schwere Körperverletzung und öffentliche Gewalttätigkeit.

(Prager Schwurgericht.)

Am 16. Juli 1922 fand im Gasthause „na Svatec“ in Sivekowitz eine Tanzunterhaltung statt. Es ging dabei sehr lustig her, der Wein floß in Strömen, denn die Veranstalter der Unterhaltung, unter denen sich auch einige „schwere“ Burtschen befanden, verstanden es, Stimmung in die Tische zu bringen. Einer der rührigsten des Komitees war Gustav Davlíček, ein in Sivekowitz äußerst überbelebender Kaufmann und gewalttätiger Mensch, dem in Sivekowitz jeder aus dem Weg ging. Um halb 11 Uhr, als gerade ein Solotanz gespielt wurde, bemerkte Davlíček, daß das Ehepaar Zschöbl in einer Ecke des Tanzsaales miltanzte. Er ging auf die beiden zu und sagte dem Anton Zschöbl, er solle nicht tanzen, wenn alle anderen nicht miltanzten. Zschöbl, dem der Alkoholismus des Solotanz jedenfalls in den Kopf gestiegen war, wurde daraufhin grob und nur mit Mühe konnten die übrigen Gäste eine Kauferei verhindern, da Davlíček auf die Barbara Zschöbl einschlagen wollte. Die Tanzunterhaltung ging dann ohne Zwischenfall zu Ende. Als letzte Gäste verließen Anton und Barbara Zschöbl das Lokal. Knapp vor ihnen ging das Ehepaar Jozel. Vor dem Gasthause wartete Davlíček. Als Zschöbl herauskam, trat er auf ihn zu und rief: „Wo hast Du Deine Kur?“ Dann stieß er die Frau Zschöbl zur Seite, packte sie beim Halse, würgte sie, warf sie zu Boden und trat mit den Füßen auf ihr herum. Als ihr Mann ihr zu Hilfe kommen wollte, schlug ihm Davlíček ein Bierglas auf den Kopf, sodas er zusammenstürzte. Als er sich mühsam erhob und fliehen wollte, verfolgte ihn Davlíček und verfeuerte ihm drei Messerstiche in den Rücken. Der Gefrorene brach mit dem Rufe: „Um Gotteswillen, er will mich erschlagen!“ zusammen. Der rohe Gewaltmensch ließ nun von ihm ab und lief zur Eingangstür des Gasthause zurück, wo er die ihren Mann suchende Frau Zschöbl neuerdings zu Boden warf, an den Haaren riß und mit den Fäusten bearbeitete. Entsetzt rief die in der Nähe stehende Philomena Jozel aus: „Er will sie erschlagen, er hat ja ein Messer in der Hand!“ Davlíček wandte sich nun auch gegen sie, verfeuerte ihr zuerst eine Oberkeige und ließ ihr dann nach, wobei er das offene Messer in der Hand hielt. Der Mann der Jozel kam rechtzeitig dazu, um ein weiteres Unglück zu verhindern. Davlíček, der sich nun ausgelebt hatte, verließ ruhig mit seinem Bruder den Schauplatz seiner Gewalttaten.

Davlíček stand gestern vor seinen Richtern. Leise, schüchtern antwortete der etwas Blasse und noch sehr jugendlich aussehende Verbrecher auf die Fragen des Vorsitzenden. Würde man nicht die böse Faule auf seiner Stirne sehen, die den Gewaltmenschen verrät und würden seine Augen nicht unster in Zaule umherzittern, so müßte man annehmen, daß hier ein unschuldiges Opfer des Schicksals stehe. Doch er kennt die Verhandlungsweise bei Gericht, er weicht geschickt verfanglichen Fragen des Staatsanwaltes aus und antwortet nur das Notwendigste und dann sehr zögernd. Er wollte den Zschöbl nicht umbringen, er wollte ihm auch nichts zuleide tun. Er habe teilweise in Abwehr gehandelt. Denn wie Zschöbl auf ihn zugekommen sei, habe er in seiner Hand ein Messer blinken sehen. Er habe es ihm entziffen, sei ihm nachgerannt, und in seiner Anjregung stand er zu, ohne die Folgen zu bedenken. Die Zschöbl mißhandelte er, weil sie ihn gereizt und provoziert habe. — Doch die Zeugen sagen ausnahmslos gegen ihn aus; und sind dabei geängstigt, als ob sie immer den gefährlichsten Davlíček vor sich sehen würden. — Die Beratung der Geschworenen dauert nicht allzulange. Alle Schuldfragen werden einmütig beantwortet. Und der Gerichtshof verkündet das Urteil: Gustav Davlíček wird wegen Totschlages, schwerer Körperverletzung und öffentlicher Gewalttätigkeit zu vier Jahren schweren Kerkers, verschärft durch Hasttage und harte Lager

Die alte Tergii. (2)

Erzählung von Maxim Gorki

So freigebig ist in jenem Land die Erde! Einst lebte dort ein Stamm starker Menschen, die ihre Herden auf die Weide trieben, und ihre Kräfte, ihren Mut sonst noch in der Jagd auf allerlei Tiere übten. Nach jeder Jagd hielten sie muntere Gelage ab, sangen Lieder und spöhten mit den Mädchen, die dort schön sind, wie das Feuer.

Einstmals, mitten in munterem Gelage, trug ein Adler, vom Himmel herunterschwebend, eines von den Mädchen fort — schwarzhaarig war sie, zart und duftig, wie die Nacht. Die Pfeile, welche die Männer des Stammes ihm nachsandten, fielen kläglich zur Erde zurück. Da gingen sie alle, das Mädchen zu suchen — fanden es aber nirgends. Und mit der Zeit vergaßen sie es, wie man alles auf Erden vergißt.

Die Alte saufte und schwieg. Ihre knarrende Stimme klang so, als murrtten empört all die vergessenen Jahrhunderte, in ihrer Brust zu Erinnerungsschatten verdichtet. Und distret begleitete das Meer diesen Beginn einer jener uralten Legenden, die wohl einstmals in grauem, fernem Altertum an seinen Ufern entstanden.

„Nach 20 Jahren aber kam sie selbst wieder, abgemattet und verrottet, und mit ihr ein Jüngling, schön und stark, wie sie es einst gewesen. Und als man sie fragte, wo sie diese Zeit verbracht, erzählte sie — der Adler habe sie in die Berge getragen und habe dort mit ihr als seinem Weibe gelebt. Der Jüngling sei sein Sohn, der Vater aber lebe nicht mehr, denn als er, schon alt und schwach, seinen Tod sich nähern fühlte, hob er sich zum letztenmal hoch zur Sonne empor, legte dort die Flügel zusammen, ließ sich

schwer herniederfallen auf die Feldvorsprünge der Berge und schlug sich im Falle zu Tode.

Alle schauten mit Erstaunen auf den Sohn des Adlers, und bemerkten, daß ihn nichts von ihnen unterschied, nur daß sein Auge kalt und unbeflegbar stolz blickte, wie dasjenige des Königs der Lüfte. Sie redeten auch mit ihm, und er antwortete, wenn es ihm behagte, oder schwieg sich ruhig aus; und als die Ältesten des Stammes an ihn herantraten, sprach er mit ihnen wie mit seinesgleichen. Das fränkte jene, sie nannten ihn einen unfertigen Pfeil mit ungeklärter Spitze, und setzten ihm auseinander, daß Tausende solcher, wie er einer sei, ihnen gehorchen und sie achteten, und außerdem noch Tausende anderer, die zweimal so alt seien, wie er. Er aber blickte sie mit seinen kalten Augen kühn und stolz an, und meinte, solche wie er gebe es keine mehr; wenn alle sie achteten und ihnen gehorchten, so sei das deren Sache, er aber gedente es nicht zu tun. Sie wurden gar zornig und riefen: Er hat keine Stätte unter uns! Er mag gehen, wohin er will! — Er lachte nur kurz auf und ging — wohin er wollte: zu einem schönen Mädchen nämlich, das ihn schatz und lange angeblickt hatte. Er ging hin, trat auf sie zu und umarmte sie. Sie aber war die Tochter eines der Ältesten, die ihn eben verwiesen hatten. Und obzwar er schon war, stieß das Mädchen ihn von sich, denn sie fürchtete sich vor ihrem Vater. Sie stieß ihn fort und wollte weiter gehen, er aber schlug nach ihr, und, als sie hingefallen war, stellte er den Fuß auf ihre Brust, und zwar mit einer solchen Kraft, daß das Blut ihr hoch aus dem Munde schlug, daß sie sich wand wie eine Schlange und starb.

Alle, die dieses gesehen, wurden von gewaltigem Schreck ergriffen, denn noch nie hatten sie ein Weib so töten sehen. Und lange schwiegen alle, und blickten sie, die Tote, an, wie sie dalag

mit weit geöffneten, schrederfüllten Augen und blutigem Munde, als schrie sie noch im Tode nach Rache; blickten ihn an, wie er — allein gegen alle — neben ihr stand, so kalt und stolz, mit hocherhobenem Haupte, als fordere er selbst die Rache heraus, die sein Hand treffen mußte. Dann, zur Besinnung gekommen, ergriffen und banden sie ihn und liehen ihn so liegen; sie fanden es zu milde und zu einfach, ihn sofort zu töten, für sein Vergehen zu wenig demütigend und peinigend, und ihren Rachedurst nicht stillend.

Die Nacht verbreitete sich und wuchs, erfüllt von leisen, sonderbaren Lauten, und ihre Färbung wurde mehr und mehr phantastisch. Die Rieselmans piff leise in der Steppe; aus dem Nebelhaube zitterte das ätherische Zirpen der Grillen, die Blätter rauschten feuchend, und die volle Mondescheibe — blutrot bisher — wurde immer blasser, je mehr sie sich von der Erde entfernte, immer blasser und blasser, während sie immer reichlicheres Licht über die Steppe goß. „Und sie versammelten sich, die Strafe zu erstunen, die seinem Vergehen entsprechen konnte. Es wurde vorgeschlagen, ihn durch Pferde zerreißen zu lassen — das schien ihnen aber nicht genügend; man schlug weiter vor, daß ein jeder ihn mit seinem Pfeile treffe — doch auch dieses wurde abgelehnt; man schlug vor, ihn zu verbrennen. Dann würde, meinte man, der Rauch seine Qualen vor ihren Augen verbergen. Man schlug noch vieles vor, fand aber nichts, was allen genügt und alle befriedigt hätte. Und seine Mutter fuhrte vor den Ältesten, und sand weder Tränen noch Worte, um ihr Erbarmen zu ersuchen. Geräume Zeit redeten sie hin und her, und endlich sprach ein Weiser nach langer Ueberlegung: Fragen wir ihn, weshalb er es getan hat!

Und sie fragten ihn danach. Er antwortete: Nehmt mir erst die Fesseln ab. Gebunden spreche ich nicht mit euch!

Und als man ihm die Fesseln abgenommen hatte, fragte er: Was wollt ihr? — fragte so, als ob sie seine Sklaven wären.

Du hast es schon gehört, erwiderte der Weise. Wozu soll ich euch meine Handlungen erklären?

Damit wir dich verstehen können! Du Stotzer! — Höre: dem Tode bist du jedenfalls verfallen. So sah uns wenigstens versterben, was du getan. Wir bleiben am Leben, und uns ist nützlich, mehr zu erfahren, als wir wissen.

Gut — ich werde euch sagen, obzwar, vielleicht, mir selber nicht ganz klar ist, was geschehen. Ich habe sie, scheint mir, getötet, weil sie mich von sich stieß — ich aber wollte sie besitzen.

Doch war sie ja nicht dein! erwiderte man ihm. Benüht denn ihr nur das, was ewig ist? Mich dünkt, daß jeder Mensch als mitgebrachtes, mitgeborenes Eigentum nur seine Sprache, seine Hände, seine Füße hat — und doch besitzt ihr alle Weiber, Tiere, Erde und vieles andere noch dazu?

Man bemerkte ihm hierauf, daß jeder Mensch für alles, was er hat, mit seinem Geiste, seiner Kraft, seiner Freiheit, seinem Leben zahle. Er aber erwiderte, er wolle alles haben, was ihm gut und schön dünke, und dennoch sich und alles seinige ungeteilt für sich allein behalten.

Lange sprachen sie mit ihm, und erfahen aus seinen Reden, daß er in seinen eignen Augen der erste und der einzige auf Gottes Erde sei, und außer sich nichts anerkenne, ja nichts zu sehen imstande war. Es graute ihnen allen, als sie dabei bedachten, zu welsch entsetzlicher Einsamkeit unter den Menschen er sich selbst dadurch verdamme. Er kannte weder Stamm, noch Mutter, weder hohe Heldentaten, noch friedlichen Erwerb; er hatte weder Vieh, noch Haus, noch Weib und trug noch alldem kein Verlangen!

(Fortsetzung folgt.)

verurteilt. Dabiksel verhält sich bei der Urteilsverkündung ganz ruhig. Seine Sinne scheinen schon ganz abgestumpft zu sein gegen derartige erschütternde Geschehnisse. Ein etwas robust aussehender Zuschauer aus dem Saale sagt beim Fortgehen: „Hier Jahre lassen sich noch ertragen!“ Arme Menschen, die so zu denken, sich gewöhnt haben.

Der Prozeß gegen den Abgeordneten Baeran.

Wie wir aus verlässlicher Quelle erfahren, findet der Prozeß gegen den Abgeordneten Baeran am 21. Oktober vor dem Prager Schwurgericht statt. Den Vorsitz der Verhandlung führt der Präsident des Strafgerichtshofes Dr. Wondraček.

Kommunistische Versammlungs-sprenger.

Am Mittwoch sollte Genosse Dr. Paul Lewi in einer von unserer Teplitz-Bezirksorganisation einberufenen Versammlung im „Imperator“-Saale in Turn über den „Weg zum Sozialismus“ sprechen. Die Kommunisten hinderten ihn daran, indem sie die Versammlung sprengten. Stundenlanges Gebrüll der Kommunisten machte dem Genossen Lewi das Reden unmöglich. — Es ist begreiflich, daß die Kommunisten von blinder Wut gegen Lewi erfüllt sind. Hat er doch mit besonderer Schärfe den Putschismus der Kommunisten als furchtbares Verbrechen enttillt. Es war zu erwarten, daß die Kommunisten dem Genossen Lewi auch auf deutschböhmischem Boden den Geißel ihres Hasses entgegenzuschleudern würden. Konnte schon Lewi nicht widerlegt werden, so konnte doch wider ihn geschrien werden. Einen eigenen „Vorsprecher“ hatten sich die Kommunisten aus Deutschland verschrieben, den preußischen Landtagsabgeordneten Schölem, der mit einer Horde besonders gefühnigstüchtiger Moskauerhänger dem Genossen Lewi von Stadt zu Stadt nachreiste. In Puffig und in Pödenbach schnitten sie schlecht ab und das vermehrte ihre Wut, die sich nun in Turn ausstobte. In ziemlich großer Anzahl — wohl an 250 Leute — waren sie gekommen. (Ungefähr Zweihundert ihrer Anhänger waren tschechische Arbeiter.) Genug Kommunisten, um eine Versammlung von über tausend Arbeitern unmöglich zu machen. Die Kommunisten verlangten, einem kommunistischen Redner die gleiche Redezeit zu bewilligen, wie dem Genossen Lewi. Präsidium und Versammlungsmehrheit lehnten dieses Verlangen ab. Dem Herrn Schölem sollte nur soviel Redezeit bewilligt werden wie jedem anderen Debattierenden. Nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses schrie der „kommunistische Massenkampf“ in schärfster Form ein: Massengewalt wechselte mit Einzelgebrüll, zwischen den Versammlungsteilnehmern kam es zu ungemein heftigen Auseinandersetzungen, und nach einstuündigen Lärmen und Toben der Moskowiter mußte die Versammlung geschlossen werden. Im Verlaufe der „Auseinandersetzungen“ hatte, um die Versammlung überhaupt zu ermöglichen, ein Genosse beantragt, dem Kommunisten drei Viertelstunden Redezeit zu bewilligen. Mit überwältigender Mehrheit wurde dieser Antrag abgelehnt: Die Arbeiter wollten keinen Kommunisten hören, hatten sie doch eben in dieser Stunde die Kommunisten von ihrer widerlichsten Seite kennen gelernt. Und so ging denn die Versammlung in einem wilden, häßlichen Toben unter. Und es war gut so. Denn die Arbeiter haben die Kommunisten eine Stunde lang „am Werk“ gesehen. Noch nie waren die Arbeiter so erbittert gegen die kommunistischen Arbeiterfeinde wie nach dieser Versammlung. Die Radaubröder, die sich wie Ausbrecher aus einem Irrenhaus benahmen, haben den Arbeitern gezeigt, daß der Weg zur Befreiung der Arbeiterbewegung über die rücksichtslose Bekämpfung der Kommunisten führt. Die Kommunisten werden sich nun, nachdem sie seit Jahren nichts anderes tun, als in sozialdemokratischen Versammlungen zu schreien, nicht darüber wundern dürfen, wenn ihre brüllenden Mäuler durch Arbeiterhäufe gewaltsam geschlossen werden.

Kleine Chronik.

Ein neuer Zwischenfall im belagerten Gebiet. In Düsseldorf-Heerdt wurde der 18jährige deutsche Arbeiter Bodenweis von einem belgischen Marinesoldaten angeschossen; er ist seinen Verletzungen erlegen. Die Tat geschah in der Nacht von Samstag auf Sonntag in einer Wirtschaft in Heerdt, in der der dortige Turnverein sein Stiftungsfest feierte. Trozdem an der Tür eine Verfügung des belgischen Kommandanten angeschlagen war, die belgischen Soldaten den Zutritt verbot, drangen sechs belgische Marinesoldaten in die Wirtschaft ein. Hier gerieten die Belgier untereinander in Streit, in dessen Verlauf sie sich mit Gläsern und Flaschen bewarfen. Als darauf die deutschen Gäste Ruhe stiften wollten, wandten sich die Belgier gegen die Deutschen und gaben mehrere Revolvererschüsse ab, von denen einer den Arbeiter Bodenweis am Halse verletzete. Die herbeigerufene belgische Militärpolizei nahm einen der Marinesoldaten an Taborie fest. Die anderen fünf wurden später verhaftet.

Cholera in Tokio? Wie aus Tokio gemeldet wird, ist dort seit der vorigen Woche der Ausbruch einer Cholera-Epidemie festgestellt. Trozdem ohne jede Verzögerung energische Maßnahmen ergriffen wurden, um der Ausbreitung der Seuche einen Damm entgegenzusetzen, sind täglich neue Fälle zur Kenntnis der Behörden gekommen. Die Gesamtzahl der bisher gemeldeten Erkrankungen beträgt 130. Die Krankheit tritt in schwerer Form auf; die Sterb-

lichkeitsziffer ist hoch. Zu den Maßnahmen, zu denen sich die Regierung entschlossen hat, gehört die Schließung der Fischmärkte und das Verbot von aus der See stammenden Nahrungsmitteln.

Balkenwirtschaft und Sozialpolitik.

Reichsverordnung gegen die Devisenspekulation. Eine heute in Kraft tretende Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln verbietet auf Grund des Artikels 48 der deutschen Reichsverfassung Forderung und Annahme von Zahlung in ausländischen Zahlungsmitteln bei Kleinhandelsverkäufen und im Kleinhandelsverkauf die Preisfestsetzung in inländischen Zahlungsmitteln auf Grundlage einer Auslandsnotierung. Der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel ist nur nach vorheriger Genehmigung der Prüfstelle zulässig, in deren Bezirk der Auftraggeber seinen Aufenthalt hat. Banken dürfen Verkaufsgeschäfte über ausländische Zahlungsmittel nur abschließen, wenn sie sich über die Person des Auftraggebers vergewissert haben. Als Strafen sind festgesetzt: Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafen in Höhe des einfachen bis zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel. Sie treffen auch Inhaber von Bankgeschäften, deren Besolmächigte und Angestellte, wenn sie vorsätzlich ausländische Zahlungsmittel ohne die vorherige Genehmigung der zuständigen Reichsbankanstalt abgeben. Endlich ist auch Konfiskation der in Betracht kommenden ausländischen Zahlungsmittel durch den Staat vorgesehen.

Ententemaßnahmen gegen den Zusammenbruch der Mark. Die Blätter melden, daß Sir John Bradbury der Reparationskommission einen Antrag zur Vermeidung des deutschen finanziellen Zusammenbruchs vorgelegt hat, worin sofortige radikale Maßnahmen verlangt werden, die sehr verschieden sind von denen, über die nach dem letzten deutschen Moratoriumsgesuch verhandelt worden ist.

Stinnes in Ungarn. Wie die Wiener Zeitschrift „Die Börse“ meldet, hat Stinnes einen großen Teil der Aktien der Liptawerke erworben. Die Beteiligung daselbst dürfte nur der Anfang sein, dem vermutlich neue Transaktionen des deutschen Großindustriellen auf ungarischem Boden folgen werden.

Rumäniens Anteil an der österr.-ungarischen Bank. Nach Bukarest wurden 22 Millionen Kronen in Gold als Kautenzahlung für den Anteil Rumäniens bei der Liquidation der Oester.-ung. Bank gesandt. Insgesamt beträgt der Anteil Rumäniens 72 Millionen K in Gold. Die 22 Millionen Kronen wurden in der rumänischen Nationalbank hinterlegt.

Arbeitslosenunterstützung in der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat hat beschlossen, an Arbeitslose eine Herbst- und Winterzulage auszugeben.

Kurse der Baluten.
Die tschechische Krone notiert in:

Büch	Edw. Frank	0'1815
Berlin	Mark	84.50
Wien	Sherer. Kr.	0000.—

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1166.50	1170.50
100 Mar.	175.00	185.00
100 schwed. Frank.	558.50	559.50
100 Lire	128.75	128.25
100 franz. Frank.	225.25	226.75
1 Pfund Sterling	181.25	182.75
1 Dollar	29.00.30	30.00.00
100 belg. Frank.	206.50	208.50
100 Dinar	44.62	45.25
100 österr. Kronen	0'03.50	0'04.50
100 poln. Mark	0'23.75	0'23.75
100 maghar. Kronen	1'11.00	1'21.00

Züricher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0'22.00	Paris	40'61.00
Wien	0'07.70	Mailand	22'91.00
Prag	18.15	Budapest	0'21.75
Holland	208.40	Agam	2'05.50
Rem Port	3'36.00	Warschau	0'03.50
London	28.79	Wien gef.	0'00.87

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Freitag „Die Frau im Hemdlein“. — Samstag neuinstudiert „Die Dugnotten“. — Sonntag vorm., Anfang halb 11 Uhr, 1. philharmonisches Konzert. — Nachmittags, Anfang halb 3 Uhr, Gastspiel Richard Kubla „Der Bettelstudent“. — Abend „Die Bajadere“.

Kleine Bühne. Heute, Freitag „Der Verworf“. — Samstag „Haben Sie nichts zu verjollen?“. — Nachbivorstellung, Anfang 10 Uhr „Ein Abenteuer in Marokko“. — Sonntag nachmittags „Am Feiertag“. — Abend Gastspiel Leopold Kramer „Papa“.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Karlsbad. Die ganzjährige Bezirkskonferenz am 8. Oktober im Hotel „Wachtmeister“ in Fischern war gut besucht. Anwesend waren 103 Vertreter von Lokalorganisationen (darunter 30 Frauen), 15 Mitglieder der Bezirkskonferenz, 3 Mitglieder des Frauenbezirkskomitees, je ein Vertreter der Gewerkschaft, der Jugendlichen, Kinderfreunde, Turn- und Gesangsvereine und der Genossenschaft. Am Zeit zu gewinnen, wurde der Bericht schriftlich den Organisationen vorher zugesendet. Aus-

diesem ist zu entnehmen, daß der Mitgliederstand trotz der Arbeitslosigkeit mit über 6000 erhalten werden konnte. Da bei den letzten Wahlen für die sozialdemokratische Liste 20.000 Stimmen abgegeben wurden, gehört also ein Drittel der Wähler der sozialdemokratischen Partei als Mitglieder an. — Das Referat über „Wirtschaftskrise und Aufgaben der Arbeiterpartei“ ergriffte Genosse Wondraček, über „Parteiarbeit sprach Genosse de Witte. In der Debatte wurden von den Genossen Löw und Sacher die Arbeiten besprochen, welche zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Gange sind. Genosse Sacher machte auf die Notwendigkeit der Werbung für die Presse dringend aufmerksam. Genosse Wondraček forderte die Vertrauensmänner zur Verbearbeitung für den „Sozialdemokrat“ auf. Dann sprachen noch Genosse Vorn über Bildungsfragen, Genosse Hein über konsequente sozialdemokratische Arbeit im Staat, Bezirk und Gemeinde, Genosse Dr. Simon über die Steuerpolitik der Regierung, die Genossen Hojz und Schaffelhofer über die Bedeutung der Jugend und Kinderfreundebewegung. — Zum Referat des Genossen Wondraček über Wirtschaftskrise wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Die am 8. Oktober l. J. im Hotel Wachtmeister“ in Fischern abgehaltene Bezirkskonferenz der Sozialdemokratischen Partei erklärt sich mit den Forderungen des Parteivorstandes der Tschechoslow. Arbeiterpartei und der drei Gewerkschaftszentralen, die der Regierung unterbreitet wurden, einverstanden. Die versammelten Vertrauensmänner der Arbeiterpartei des Karlsbader Bezirkes stellen vor allem fest, daß sie zu den angekündigten Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise kein Vertrauen haben und sich überzeugt, daß auch die neugebildete Regierung, mit so starkem agrarischen Einschlag, sich dieses Vertrauen nicht zu verschaffen vermag, so daß es den Einsatz aller Kräfte erforderlich machen wird, dafür vorzusorgen, daß auf diese Regierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eingewirkt werde, daß sie in geeigneter Weise für die Arbeitslosen, als die Opfer der Wirtschaftskrise, entweder in Form ausreichender geldlicher Unterstützungen oder durch Beschäftigung der Arbeitslosen Vorkehrung treffe.“

Bereinsnachrichten.
Touristenverein „Die Naturfreunde“, Prag II. Kunstwanderung, Samstag, den 14. Oktober. Treffpunkt: Karlskirche, Endstation der 8er Linie, tschech. Kinderhospital um halb 4 Uhr nachmittags (statt Siefanskirche). Leiter: Dr. Klein. — Konopischtier Park am Sonntag, den 15. Oktober.

Bio-Programm
vom 13. Oktober bis 19. Oktober.

Emil Zolas: **Erde** literarisches Filmwerk in 7 Teilen.
Nächstens! Nächstens! **Die Frau des Pharao.**
Chaplin wandert aus. Lustspiel in 2 Akten. Fortsetzung.
Der Kaiser der Armen. Französ. Abenteuerroman. In der Hauptrolle L. Matbot.
Großes Doppelprogramm:
Der Silberkönig. VI. (letzte) Episode.
Die Fremde fesselndes Drama aus dem amerikanischen Norden in 7 Teilen.

Wo verkehren wir?

- Café Continental, ¹⁰⁸ Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, ¹⁰⁸ Prag-Nezazanta.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smekky 22 (Urania). ¹⁰⁶⁰

Café „Nizza“
Kgl. Weinbergo, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“
Täglich ¹⁰⁸ PRAG II., Hyborská Konzert. ¹⁰⁸ Nr. 7.

Restaurant SKVOR. Weinbergo. Ruboägasse 7. ¹⁰⁶⁸
Zusammenkunft jeden Donnerstag. ¹⁰⁸

Teplitz-Schönau. **CAFÉ EUROPE** Bahnhofstraße. ¹⁰⁵⁸

Abfahrt: 7.55 Uhr. Führung: Strnad. — Zeitpunkt der gemeinsamen Beschäftigung der Abstinenz-Ausstellung in der „Urania“ wird noch bekanntgegeben. Nächste Zusammenkunft, Donnerstag, den 26. Oktober, Konopischtier (Skvor) Bierhalle.

Turnen und Sport.

Wettspiele in Prag. Samstag Meisterhaft: 1. Kl.: Slavia gegen M.A. Brskovic. — Sonntag: Pokal: Kujelsky S.A. gegen Krocchlabh, Gedie Karlin gegen Sparta Kladno, M.A. Brskovic gegen Gedie Zmichom, Viktoria Ruffe gegen S.A. Kladno, Siben gegen Meteor VIII, A.C. Sparta gegen Viktoria Kllow. — Der Deutsche Sportverein Troppau spielt Sonntag in Prag gegen die Deutschen Sportbrüder (Meisterhaft).

Leichtathletik. Die Finnländer in Berlin. Am Dienstag abends starteten einige finnische Leichtathleten, welche auf der Rückfahrt von Paris Berlin berührten, beim Meeting des T.C. Charlottenburg. Sie blieben bei allen ihren Starts erfolgreich. Härö gewann die 100 Meter vor Zensleben in 11.8 Sek. (Gegenwind) und die 200 Meter vor Jirpel in 22.9 Sek. Sipila siegte über 7500 Meter in 24:55.1 vor Tornom und Ruppert, Murechä im Speerwerfen mit 57.95 Meter vor Liede, 53 Meter, und Zimmermann, 51 Meter, Runttima im Diskus mit 42.25 Meter. Im 1500 Meter-Laufen blieb Pelger in 4:14.1 vor Ernst leichter Sieger. (Pr. Pr.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

12 Fotografieren um 12 Kč.
Foto-Studio, PRAG II., Vclavské nám. 15. ¹¹⁸⁸

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Steinhilber. Für den Druck verantwortlich: O. Golik.

PALMA
Kautschuk Absatz und Sohle
Unerreicht an Passform und Haltbarkeit. Ersetzen das teure Leder
D.S.

Kleiner Anzeiger

Telegramm! Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“
Ich suche Nähmaschinen auch für Mutter und Schneider, sowie Fahrrad der ab. gegen monatliche kleine Zahlungen. Karte genügt. Besuch sofort. **2. Waldmann.** Turn-Teplitz, Lehmannstraße 23. ¹¹³⁶

In das Haus des Arbeiters gehören keine bürgerlichen Familien-Kalender, sondern jeder Arbeiter und jede Arbeiterin kaufe sich einen

Arbeiter-Taschentalender
oder ein **Arbeiter-Jahrbuch 1923**

Preis: Taschentalender . . . 6 Kronen
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen
Zu beziehen durch das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Seilerstraße 1. ¹⁰⁵⁴